

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Solidarität statt  
Ausgrenzung**

Laura Schoch

**EU in  
Auflösung?**

Albrecht von Lucke

**Argentinische Vergangen-  
heitspolitik am Scheideweg**

Georg Krizmanics

**Zum Erfolg der Programm-  
länder des Euroraums**

Elisabeth Blaha

## LIEBE IN ZEITEN DER REVOLUTION

BANK AUSTRIA KUNSTFORUM WIEN





# EDITORIAL

Die Terrorakte in Paris haben in der ganzen Welt Betroffenheit ausgelöst. Die wahllose Ermordung von BürgerInnen, die ihren Alltagsbeschäftigungen nachgehen, macht fassungslos und verbreitet besonders in Europa Angst. Frankreichs Regierung reagierte mit der Verhängung eines dreimonatigen Ausnahmezustands, die politische Rechte missbraucht die Verbrechen, um noch härtere Einschränkungen der BürgerInnenrechte zu fordern und Hetze gegen Flüchtlinge zu betreiben, die denselben Kräften zu entfliehen versuchen, die 2015 erstmals in Paris, aber bereits seit Jahren täglich in den Städten und Provinzen Afghanistans, Syriens und des Iraks morden.

Die Ereignisse zeigen, welchen Mut es erfordert, auf ein solches verbrecherisches Blutbad zu reagieren wie Norwegens früherer Regierungschef Jens Stoltenberg. Nach dem Massaker von Utoya, bei dem ein islamophober rechtsextremer Attentäter mit einer Bombe im Regierungsviertel 8 Menschen getötet und anschließend im Ferienlager der sozialistischen Jugendorganisation AUF wahllos 69 Jugendliche erschossen hatte, verkündete Stoltenberg eine überraschende Antwort auf dieses Verbrechen: »Mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit.« Jens Stoltenberg ist alles andere als ein Pazifist – seit Oktober 2014 fungiert er als NATO-Generalsekretär. Stoltenberg forderte keine Nachlässigkeit bei der Verfolgung der Verbrecher und dem Schutz einer verwundeten Nation, sondern einen radikalen Kampf gegen den Terror und seine politischen Ziele. Wer die Morde von Paris als symbolischen Angriff auf die Werte einer laizistischen Republik, des Rechtsstaats und der Demokratie wertet, stellt sich bei nüchterner Betrachtung auf die falsche Seite, wenn er die Einschränkung dieser Errungenschaften fordert, um sie angeblich zu schützen. Stoltenbergs Reaktion sollte gerade für SozialdemokratInnen Inspiration dafür bieten, dass die Gefahren menschenfeindlicher Ideologien neben hartem, rechtsstaatlichem Durchgreifen politische Antworten erfordern. So verständlich der Reflex des Säbelrasselns ist, es bietet keine Lösungen dafür, dass sich Menschen, die in Europa aufgewachsen sind, für Selbstmordattentate rekrutieren lassen. Die Diskussion über politische Antworten auf die Rekrutierungserfolge des IS hat Stephan Schimanowa in ZUKUNFT 12/2014 begonnen, die jüngsten Ereignisse zeigen, wie wichtig die Fortführung dieser Debatte, auch in der ZUKUNFT, ist.

Am Beginn dieser Ausgabe steht ein Beitrag von **Laura Schoch**, die sich nicht nur in ihrer Eigenschaft als Vorsitzen-

de der Bundesjugendvertretung (BJV), sondern auch als Mitarbeiterin des Projekts Connect intensiv tagtäglich mit der **Betreuung jugendlicher Flüchtlinge** befasst ist und die mit der **Asylpolitik** der österreichischen Innenministerin hart ins Gericht geht.

Die **grundlegende politische Dimension der Flüchtlingsfrage** für den Bestand des **europäischen Projekts** zeigt Albrecht von Lucke auf. In Übereinstimmung mit Stefan Brocza in ZUKUNFT 10/2015 verortet er das **Versagen** in der Flüchtlingskrise weniger in den europäischen Institutionen, als in den **nationalen Regierungen**. In Kombination mit dem anhaltenden wirtschaftspolitischen Kurs stelle dies dennoch eine **Gefahr für die Europäische Union** in ihrer jetzigen Form dar. Von der **Linken** fordert von Lucke dabei eine europäische und **keine nationale Antwort**.

**Thomas Nowotny** argumentiert in seinem Beitrag, warum die **Sozialdemokratie** in einer Welt der Verunsicherung ein **Gefühl der Heimat** vermitteln muss.

**Politischen Terror** aus einer historischen Perspektive beleuchtet **Thomas Riegler** anhand des Überfalls auf die **OPEC-Konferenz** vor 40 Jahren in Wien.

Anlässlich der argentinischen Präsidentschaftswahlen, die am 22. November entschieden wird, hat **Georg Krizmanics** mit der Historikerin **Marisa González de Oleaga** einen kritischen Blick auf den **Umgang** der argentinischen Regierung mit diktatorischen **Vergangenheit** des Landes zu werfen. Im Unterschied zu vielen anderen südamerikanischen Regierungen hatte Nestor Kirchner der Aufarbeitung und den **Menschenrechten** eine hohe Bedeutung eingeräumt, die politische **Vereinnahmung durch ihn und seine Nachfolgerin** drohe aber nun als Bumerang die Fortschritte zu stoppen.

Nach den **Buchtipps** rundet der Beitrag von **Elisabeth Blaha** die Ausgabe ab.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

**LUDWIG DVOŘÁK**  
Gf. Chefredakteur



# Inhalt



**Alexander Rodtschenko**

Selbstkarikatur, 1922, Collage und Fotomontage auf Papier, 18,5 x 15 cm, Privatbesitz, Foto: © A. Rodtschenko & W. Stepanowa Archiv, Kunstwerk: © Bildrecht, Wien, 2015

## 6 Solidarität statt Ausgrenzung

VON LAURA SCHOCH

## 14 EU in Auflösung?

VON ALBRECHT VON LUCKE

## 24 Heimat – nicht bloß Solidarität, sondern auch Brüderlichkeit

VON THOMAS NOWOTNY

## 30 Tage des Terrors

VON THOMAS RIEGLER

## 38 Argentinische Vergangenheitspolitik am Scheideweg

VON GEORG KRIZMANICS

## 44 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

## 46 Zum Erfolg der Programmländer des Euroraums

Schlusswort von ELISABETH BLAHA

# Solidarität statt Ausgrenzung

**Zaubauten und Verschärfungen** im Asylgesetz bestimmen aktuell den österreichischen Umgang mit den Flucht- und Migrationsbewegungen. Laura Schoch kritisiert die gegenwärtigen politischen Maßnahmen als »Symbolpolitik auf Kosten von Geflüchteten«, zeigt die Probleme der bevorstehenden Asylgesetznovelle auf und appelliert für einen Kurs der Haltung für Solidarität und gegen Rassismus.

**S**eit September haben hunderttausende Flüchtlinge Österreich durchquert. Die Beiträge zur öffentlichen Debatte reich(t)en von selbstverständlicher Unterstützung und Bekenntnissen zur Hilfsbereitschaft über Planlosigkeit und Überforderung bis zu rassistischer Polemik und Fantasien der absoluten Abschottung Österreichs und Europas. Schon in den Monaten zuvor haben sich Positionen zugespitzt, es wurde auf dem Rücken von schutzsuchenden Menschen Politik gemacht, die Bilder kreiert hat, die uns noch lange bleiben werden, aber auch die Diskussion um den Umgang mit Flüchtlingen endgültig zum Negativen verändert hat.

30. August 2015: Ich bin mit einer Freundin und einem Kollegen aus der Bundesjugendvertretung im Auto von Tirol nach Wien unterwegs. Am frühen Abend soll am Westbahnhof eine Demonstration für die Rechte von Flüchtlingen losziehen, wir wissen, dass wir sicher nicht rechtzeitig zu Hause sind, wollen aber auf jeden Fall noch dazustoßen. Öfter als sonst kommt der Verkehrsfunk durch, es wird berichtet, dass es zu Ausfällen von Zügen der ÖBB kommt, weil die Grenze zwischen Österreich und Ungarn plötzlich offen ist. Nachdem wenige Tage zuvor auf der Autobahn 71 Tote aus einem LKW geborgen wurden, die für ihre Flucht einen Schlepper beauftragen mussten, wird endlich klar, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Tausende Flüchtlinge wollen nach Österreich oder ihre Wege in andere europäische Länder fortsetzen. Während die Demo loszieht, bilden sich schon viele Gruppen, die Flüchtlinge sowohl am Westbahnhof, als auch am Hauptbahnhof, willkommen heißen. Sie bringen Wasser und Essen, helfen ganz automatisch den erschöpften Familien bei ihrer Weiterreise. Gleichzeitig fordern tausende Menschen

von der Bundesregierung einen menschenwürdigen Umgang mit jenen, die vor Krieg und Terror flüchten mussten. Plötzlich haben wir das Gefühl, dass sich etwas dreht, geholfen und nicht mehr länger einfach weggeschaut wird.

Mehrere Wochen lang überqueren Menschen den Grenzübergang Nickelsdorf, es ist viel zu tun, aber das Signal ganz klar: Mit Ruhe und Professionalität kann man das gut bewältigen. An den Bahnhöfen in Wien bilden sich unterschiedliche Strukturen, die weiterhin Geflüchtete empfangen und in einem Zusammenspiel von vielen und mit riesen Unterstützung der ÖBB die Weiterreise organisieren. Die Stadt Wien schafft tausende Notunterkünfte in kurzer Zeit, ein Bruchteil der Menschen entscheidet sich, in Österreich um Asyl anzuschauen. Wien arbeitet wenige Wochen vor der Wiener Gemeinderatswahl auf Hochtouren, schafft Plätze und garantiert Versorgung. Und die Wiener Sozialdemokratie spricht sich offen und laut für eine klare Haltung in der Flüchtlingspolitik aus – wir schicken niemanden zurück!

Die Ereignisse im September wirken wie eine Wende in einer politischen Auseinandersetzung, die eigentlich das Maß an Unerträglichkeit schon längst überschritten hatte. Als im Mai 2015 verkündet wurde, dass im Erstaufnahmезentrum in Traiskirchen Zelte zur Unterbringung aufgestellt würden, waren viele fassungslos: Warum muss das sein, wenn doch zahlreiche leerstehende Gebäude zur Verfügung wären? Niemand konnte sich vorstellen, dass eine adäquate Betreuung so möglich sein könnte – ist sie auch nicht. Über die Sommermonate spitzte sich die Situation in Traiskirchen dramatisch zu: Das »Lager« war mehr als überbelegt, in etwa 4.300 Menschen waren zu Spitzenzeiten im Hochsommer dort »unterge-



bracht«. 1.500 Menschen schliefen im Erstaufnahmezentrum im Freien. Sie waren also obdachlos in einer Bundeseinrichtung, betroffen davon auch über 400 unbegleitete Kinder und Jugendliche. Die Stadt Wien holte alle Mädchen und jungen Frauen nach Wien, um sie vor Gewalt zu schützen. Als auch alle unbegleiteten Kinder nach Wien umziehen sollten, kam zu Tage, dass vor Ort eigentlich niemand wirklich wusste, wie viele Kinder denn eigentlich in Traiskirchen waren. Die Verantwortung für das Erstaufnahmezentrum liegt beim Bund, der mit dem Betrieb aller Einrichtungen, für die er zuständig ist, das Schweizer Unternehmen ORS beauftragt hat. ORS ist mittlerweile in Österreich für 28 Betreuungsstellen zuständig, arbeitet gewinnorientiert und konnte diesen Herbst 1 Million Bilanzgewinn ausweisen.

Für externe Personen gibt es prinzipiell keinen Zutritt in Betreuungsstellen des Bundes. Spätestens nachdem Amnesty International (AI) das Erstaufnahmezentrum im August einer Überprüfung unterzog und der Bericht fatal ausfiel, war klar: Die Republik Österreich tritt im Flüchtlingswesen Menschenrechte mit Füßen. Unzählige Freiwillige versorgten Flüchtlinge vor Ort rund um das »Lager« mit Lebensmitteln, Kleidung, Medikamenten und anderen Sachspenden. Aber auch tief greifendere Angebote wurden von der sogenannten Zivilgesellschaft auf die Beine gestellt. Eine große Gruppe von Freiwilligen organisierte beispielsweise täglich Deutschkurse im Park. Der Unmut vieler, aber auch ihre Hilfsbereitschaft, ist fast schon exponentiell gewachsen. Die Bevölkerung ist eingesprungen, wo der Staat versagt hat.

## **SYMBOLPOLITIK AUF KOSTEN VON GEFLÜCHTETEN**

Im Spätherbst ist die Debatte wieder an dem Punkt angelangt, an dem sie mit Traiskirchen ihren vorläufigen beschämenden Höhepunkt erreicht hatte. Die Betreuungsstelle ist zwar längst nicht mehr so überfüllt, allerdings nur, weil Menschen in die Obdachlosigkeit außerhalb des Geländes getrieben wurden oder mittlerweile in Wien Unterkunft gefunden haben. Viele Räumlichkeiten, die eigentlich als Transitquartiere in der Stadt geschaffen wurden, sind jetzt zu fixen Plätzen für Geflüchtete geworden. Seitens des Bundes fehlt es an allen Ecken und Enden, das Innenministerium ist im Prinzip nicht in der Lage die angespannte Situation menschenwürdig und professionell zu lösen. Der Verwaltungsapparat arbeitet langsam: Prozesse im Asylverfahren, die eigentlich nur wenige Stunden dauern dürften, ziehen sich über Wochen. Es gibt zu wenig von allem und weiterhin würde wohl vieles eskalieren, wären

da nicht die Leistungen der Stadt Wien und der Bevölkerung, die Flüchtlinge bei ihrer Ankunft im neuen Leben unterstützen wollen.

Wochenlang wurde über die Errichtung von »baulichen Maßnahmen« an der Grenze zu Slowenien diskutiert. Das Versagen der Bundespolitik und ihrer Regierung war selten so sichtbar. Was in Nickelsdorf so reibungslos funktioniert hat, ist in Spielfeld für alle offensichtlich schief gegangen. Menschen müssen noch immer lange warten, Situationen sind eskaliert, die Bevölkerung ist teilweise aufgeschreckt und verängstigt durch die rechte Propaganda der FPÖ, und in den Medien kursierten Bilder von kleinen Kindern, die bei um die 0 Grad in Kartons schlafen mussten. Wechselseitig haben Österreich und Deutschland sich ausgerichtet, dass die Lage das jeweilige Land überfordere und die Politik an ihre Grenzen stößt. Darüber, dass die Geflüchteten diejenigen sind, die zu Recht überfordert sind und schon langen Strapazen ausgesetzt sind, die ihre persönlichen Grenzen überschreiten, wurde und wird kaum mehr gesprochen. Die Diskussion um den »Zaun« zwischen Slowenien und Österreich hat einen Zaun zum Ergebnis, der kürzer ist als die ÖVP ihn wollte und von der Sozialdemokratie als Maßnahme verkauft wird, die es braucht, um Ordnung ins Geschehen zu bringen. Die Botschaft, dass die Bundesregierung sich außer Stande sieht, Wege zu finden, Menschen rasch und würdig unterzubringen und gleichzeitig die Bevölkerung bei diesem Prozess zu involvieren, wurde in den vergangenen Wochen manifestiert.

Das Innenministerium hat in etwa zeitgleich einen Entwurf zur Novelle des Asylgesetzes vorgelegt, der noch dieses Jahr beschlossen werden soll. Kein Gesetz wurde so oft geändert und verschärft wie das Asylgesetz. Es handelt sich mittlerweile schon um eine wirklich komplizierte Rechtsmaterie, die nur noch für wenige Menschen durchschaubar ist. Den neuesten Vorstoß zu einer Novellierung begründet die Innenministerin Mikl-Leitner recht simpel: Es geht um die »Verringerung der Attraktivität Österreichs als Zielland«. Es sollen also neue Paragraphen in einem Gesetz geschaffen werden, die Menschen davon abbringen sollen, ihr Recht auf Asyl zu beantragen bzw. einzufordern. Alleine die Annahme, das wäre möglich, ist absurd. Wir alle kennen die Bilder von Menschen in völlig überfüllten Schlauchbooten, die für den Weg übers Meer auf eine der griechischen Inseln völlig ungeeignet sind und wir wissen von den unzähligen Toten, die auf diesem Teil der Fluchtrouten umgekommen sind. Kein Gesetz wird Menschen davon abhalten, vor Krieg und Unterdrückung oder der

Unterversorgung in den Flüchtlingslagern nahe der Krisenregion zu fliehen. Die Menschen, die sich auf den Weg nach Europa machen oder gemacht haben, haben schlichtweg keine andere Chance.

### »ASYL AUF ZEIT« UND DER VERWALTUNGSAPPARAT

Unter den Schlagworten »Asyl auf Zeit« sollen alle Verfahren nach drei Jahren erneut geprüft werden und gegebenenfalls Rückführungen von Personen in ihr Herkunftsland die Folge sein. Dieser Vorschlag ist ausschließlich als Signal zu verstehen und damit auch zu verurteilen, denn die Behörden hätten diese Möglichkeiten de facto schon. Einzig die Frist wird von fünf auf drei Jahre verringert. Der Asylverwaltungsapparat ist jetzt schon völlig überlastet. Zusätzlich soll eine »jährliche Staatenprüfung« für die relevantesten Herkunftsländer vorgenommen werden. Die Konsequenz einer positiven Bewertung ist die Möglichkeit, den Aufenthaltsstatus von Asylberechtigten unabhängig der Gültigkeitsdauer ihres Aufenthaltsstatus zu beenden. Diese Regelung verschlechtert eindeutig die Sicherheit von Asylberechtigten, verletzt zusätzlich aber auch – im Falle von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen besonders relevant – mehrere Kinderrechte.

Diese Vorschläge sind nicht vom Himmel gefallen, sondern stehen in einem direkten Zusammenhang mit der vermeintlichen Unterscheidung zwischen »Wirtschaftsflüchtlingen« und »echten Flüchtlingen«. Vor allem seitens der öVP wird eine solche sprachliche Unterscheidung vorgenommen. Es soll so vermittelt werden, dass es Menschen gibt, die tatsächlich Schutz brauchen und andere, die sich nur auf den Weg gemacht haben, um ihre ökonomische Situation zu verbessern. Fakt ist: In den großen Flüchtlingslagern, in denen schon seit Jahren zigtausende untergekommen sind, gibt es keine Ressourcen mehr für Versorgung. Für Kinder gibt es kaum Möglichkeiten, zur Schule zu gehen und Arbeit gibt es sowieso nicht. Den Begriff »Wirtschaftsflüchtling« in die Debatte zu werfen, ist zynisch. Bei der österreichischen Bevölkerung soll so ankommen, dass es viele Menschen gibt, die sowieso wieder zurückgeschickt werden können, weil sie eigentlich gar kein neues Zuhause bräuchten. Und jenen, die um Asyl ansuchen wird durch die Unsicherheit ihrer Rechtsituation in Österreich vermittelt, dass es tatsächlich unklar ist, ob sie bleiben können oder eben nicht.

Alle Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen werden so ad absurdum geführt und vermutlich auch in großen

Teilen verhindert. Flüchtlinge werden damit für einen langen Zeitraum nicht wissen, wie ihre Zukunft aussieht. Es ist davon auszugehen, dass sich für sie die ohnehin schon schwierige Situation am Arbeits- und Wohnungsmarkt noch weiter verschlechtert und es stellt sich außerdem die Frage, ob der Verwaltungsapparat überhaupt in der Lage ist, diesen Verschärfungen nachzukommen und im Zeitrahmen alle Überprüfungen vorzunehmen. Deutschland hat das befristete Asyl und die automatische Überprüfung erst kürzlich abgeschafft. Die Regelungen haben sich ineffizient und unbrauchbar herausgestellt.

### ERSCHWERUNG DES FAMILIENNACHZUGS

Der noch schwerwiegendere Änderungsvorschlag betrifft die Erschwerung bzw. Verhinderung des Familiennachzugs. Die Novelle sieht vor, dass Asylberechtigte innerhalb von drei Monaten nach Anerkennung ihres Flüchtlingsstatus einen Visumsantrag mit allen Dokumenten bei der österreichischen Botschaft einreichen und die Anreise ihrer Familie organisieren. Es ist zu erwarten, dass das für viele nicht möglich sein wird. Wer seine Familie nach Ablauf dieser Frist auf sicherem Weg nach Österreich holen möchte, muss verschiedene Papiere vorlegen können. Beispielsweise muss man über ein gewisses monatliches Einkommen verfügen, das höchst unrealistisch ist. Jene, die nicht asylberechtigt, sondern nur subsidiär schutzberechtigt sind, können ihre Familien nach frühestens drei Jahren nachholen, allerdings auch nur, wenn die Kriterien erfüllt sind (Einkommen und Wohnraum).

Bisher war das nach einem Jahr möglich. Jeder Mensch hat das legitime Recht auf Familienzusammenführung und dieses gilt auch unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gelten die Regelungen zwar nicht so rigoros, jedoch bringen diese Vorschläge tatsächlich massive Einschnitte für Menschen auf der Flucht. Oft wird in der Öffentlichkeit über Männer gesprochen, die alleine nach Europa geflüchtet sind und ihre Familien zurück gelassen haben. Sie haben das auf sich genommen, um ihre Lieben möglichst bald und möglichst sicher nachholen zu können. Die Erschwerung des Familiennachzugs verunmöglicht das nahezu. Es ist davon auszugehen, dass sich vermehrt Frauen und Kinder auf den Weg machen werden, um über die gefährliche Balkanroute nach Österreich zu gelangen. Dieser Änderungsvorschlag wird – so hart es klingt – zu Folge haben, dass noch mehr Menschen im Mittelmeer ertrinken. Die Novelle des Asylgesetzes ist bis Ende November zu begutachten und soll nach der Frist beschlossen werden. Klar ist jedoch jetzt schon,



dass jeder Beschluss rückwirkend mit 15.11. in Kraft tritt. Jene, deren Antrag vor diesem Stichtag eingelangt ist, haben also weniger zu befürchten. Das ist zusätzlich demokratiepolitisch zu verurteilen. Statt politischen Schnellschüssen, die offensichtlich nicht praktikabel sein werden und in weiten Teilen nicht den Menschenrechten entsprechen, braucht es dringend andere Schritte. Noch immer nehmen zu wenige Gemeinden Flüchtlinge auf und das vielzitierte Durchgriffsrecht des Bundes wird nicht ausreichend genutzt. Statt Massenquartieren braucht es kleine Unterkünfte, in denen Menschen adäquat versorgt werden und am Aufbau ihrer Zukunft in Österreich arbeiten können. Die Asylverfahren dauern viel zu lange und sind oftmals völlig intransparent. Das schafft zusätzliche Unsicherheit bei den Betroffenen.

## **JUGENDLICHE FLÜCHTLINGE BRAUCHEN BESONDERE UNTERSTÜTZUNG!**

Es fehlt an integrationsfördernden Maßnahmen, für die der Bund zuständig wäre: Deutschkurse, Möglichkeiten zum Schulbesuch auch für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche, Zugang zum Arbeitsmarkt und angemessener Wohnraum. Insbesondere für Jugendliche und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ist die Situation belastend. Während ihnen Großteils nur übrig bleibt zu warten, wollen sie möglichst schnell ihre Bildungslaufbahn fortsetzen, Deutsch lernen und ein aktiver Teil der österreichischen Gesellschaft werden. Für sie gelten zwar einige Ausnahmen, auf die schwierigen Umstände wird seitens der Regierung aber kaum eingegangen.


Das Innenministerium verwahrt unbegleitete minderjährige Jugendliche mehr, als es sie versorgt. In etwa die Hälfte jener Menschen, die in Traiskirchen untergebracht sind, sind junge Burschen, die alleine hier sind. Ihnen fehlt der Zugang zu Bildung und niemand kümmert sich seitens des Staates für eine altersgerechte Tagesstruktur. Es sind mehrere Fälle bekannt, in denen die Obsorgepflicht für Jugendliche nicht eingehalten wurde und auf Beschwerden diesbezüglich nicht einmal geantwortet wurde. Im 3. Wiener Gemeindebezirk betreibt ORS eine Unterkunft, die als Außenstelle von Traiskirchen fungiert. Dort leben mehrere hundert Jugendliche und Erwachsene, ausschließlich Männer. Schon vor Monaten hat die Stadt Wien die Übernahme von Erdberg angeboten, jetzt endlich kann das umgesetzt werden. Jugendliche müssen anders untergebracht werden, sie brauchen Betreuung, die auch auf ihre Bedürfnisse eingehen kann und direkte Bezugspersonen. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge haben Unvorstellbares erlebt und müssen dabei unterstützt werden, ihren

Platz zu finden. Sobald Kinder und Jugendliche in Österreich leben, müssen für sie die gleichen Rahmenbedingungen gelten, wie für alle anderen Kinder und Jugendlichen. Kinderrechte müssen universal gültig sein und sind definitiv mehr als ein Dach über dem Kopf.

Oft liest oder hört man aus den unterschiedlichsten Ecken, dass Gemeinden für Familien mit Kindern oder Frauen ja gerne Unterkünfte bereitstellen würde, aber die Bevölkerung ein Problem mit alleinstehenden jungen Männern hat. Mit den gängigsten Vorurteilen werden sie als »testosterongesteuert und gewalttätig« beschrieben und ein Bild gezeichnet, vor dem man sich fürchten muss. Rassismus wird also noch mit dem Faktor Geschlecht ergänzt und das hat maßgebliche Folgen: Junge Männer sitzen fest, verlieren Lebensmut und Hoffnung, werden von Bildung und Spaß ferngehalten und können ihren Platz in der Gesellschaft nicht finden. Alles was jetzt versäumt wird, kann man nur noch schwer wieder aufholen. Anstatt Jugendliche zu verwahren und zu entmutigen, müsste Österreich sie willkommen heißen und ihnen Perspektiven bieten. Ein großer Teil von ihnen wird auch hier bleiben, sie sind »unsere neuen« Jugendlichen. Wenn ihnen kein würdevoller Einstieg ermöglicht wird, ist die Wahrscheinlichkeit, dass wir sie verlieren, hoch.

Die ÖVP bedient sich schon seit Wochen rechter Rhetorik, setzt alles daran Begriffe wie »Wirtschaftsflüchtlinge« salonfähig zu machen, will das Asylgesetz verschärfen, verunmöglicht de facto die Integration tausender Menschen und gibt vor, dass europäische Außengrenzen das Problem lösen könnten. Wenn man kurz die Ereignisse im österreichischen Flüchtlingswesen im Jahr 2015 chronologisch durchdenkt, dann sieht man die mangelnde Lösungskompetenz der Bundesregierung auf einen Blick. Ohne das Engagement von unzähligen Einzelpersonen hätten die vergangenen Monate düster ausgesehen. Auf dem Rücken von Menschen, die vor Hunger, Krieg und Verfolgung geflohen sind, gefährlichste Wege auf sich genommen und alles zurück gelassen haben, wird dennoch weiterhin Politik gemacht.

Dieser Novelle des Asylgesetzes darf in keinem Fall zugestimmt werden. Sie wird das Leben der Betroffenen weiter erschweren. Die Folgen ihrer Isolation und Ungleichbehandlung werden Österreich schneller einholen, als vielleicht gedacht und zugleich ist dieses Gesetz ein fatales Signal an die so genannte Zivilgesellschaft. Es sagt den unzähligen Menschen, die ihre Zeit und Kraft in den Dienst der würdigen Versor-

gung von Flüchtlingen gestellt haben und die das auch noch weiterhin tun, dass der Politik ihr Handeln egal ist. Ich bin 27 Jahre alt und länger als ein Jahrzehnt politisch aktiv – eine derartige »Politisierungswelle«, wie sie in den letzten Monaten über uns hereingebrochen ist, gab es in meiner Wahrnehmung bisher nicht. Statt Signalen der Überforderung in Fragen der Flüchtlingspolitik und kurzfristigen Scheinlösungen, die nur den rechten Rand bedienen sollen, braucht es eine klare Haltung für Solidarität und gegen Ausgrenzung und Rassismus. Ein bevorstehender Schritt dahin ist eine Ablehnung der vorgeschlagenen Asylgesetznovelle, gefolgt vom bedingungslosen Einsatz für adäquate Unterbringungen, Zugang zu Bildung und Arbeit und Zukunftsperspektiven. Wir brauchen Solidarität statt Ausgrenzung! 

**LAURA SCHOCH**

ist Vorsitzende der Bundesjugendvertretung und Koordinatorin von connect bei den Österreichischen Kinderfreunden.



Seit dem Sommer 2015 organisieren die Kinderfreunde im Rahmen von connect an unterschiedlichen Standorten Bildungs- und Freizeitangebote für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Jugendliche, Kinder und ihre Eltern. Egal ob für junge Männer in Traiskirchen oder Erdberg, geflüchtete Familien mit Kleinkindern, die am Westbahnhof auf ihre Weiterreise gewartet haben oder jene, die in fixen Unterkünften wohnen – mit connect können junge Flüchtlinge zumindest für kurze Zeit wieder Spaß und Freude haben, knüpfen neue Freundschaften in Österreich und werden beim Erlangen erster Deutschkenntnisse unterstützt. Genauere Infos unter [www.kinderfreunde.at/connect](http://www.kinderfreunde.at/connect)

# LIEBE IN ZEITEN DER REVOLUTION

BANK AUSTRIA KUNSTFORUM WIEN



**Warwara Stepanowa**

Entwurf für eine Sportbekleidung, („Sportodeschda“), 1923, Tusche auf Papier, 29 x 21,8 cm, Staatliches Schtschusew-Museum für Architektur, Moskau, Foto: © Staatliches Schtschusew-Museum für Architektur, Moskau, Kunstwerk: © Bildrecht, Wien, 2015

# LIEBE IN ZEITEN DER REVOLUTION

## **KÜNSTLERPAARE DER RUSSISCHEN AVANTGARDE IM BANK AUSTRIA KUNSTFORUM WIEN**

Die Ausstellung im Bank Austria Kunstforum Wien beleuchtet die bahnbrechenden Errungenschaften der russischen Avantgarde unter einem bislang kaum gewürdigten Aspekt: den Künstlerpaaren. Diese realisierten jenes revolutionäre Kunstverständnis, das mit dem Anspruch einer künstlerischen Neugestaltung der Wirklichkeit sämtliche Kunstsparten, Aktionismus und Theorie verband. Ob temporär oder zeitlebens liiert, waren sie zugleich Liebespaare und Verbündete für die gemeinsame Sache, teilten vielfach ein Atelier, beteiligten sich an der Umgestaltung der kulturellen Institutionen wie auch an den wesentlichen avantgardistischen Diskursen und Ausstellungen. Sie arbeiteten nebeneinander in wechselseitiger Beeinflussung oder Abgrenzung wie auch miteinander als künstlerisches Team, oft mit geteilter Hand.

Bis 31. Jänner 2016  
Bank Austria Kunstforum Wien  
1010 Wien, Freyung 8  
[www.kunstforumwien.at](http://www.kunstforumwien.at)

**Ljubow Popowa**

Malerische Architektonik, 1918, Öl auf Leinwand, 62,2 x 44,5 cm, Staatliche  
Tretjakow-Galerie, Moskau, Foto: © Staatliche Tretjakow-Galerie, Moskau





# EU in Auflösung?

**Albrecht von Lucke** untersucht angesichts europaweiter Zaun-Euphorie die Rückkehr der Grenzen und die populistische Gefahr.

**D**er Kontrast könnte größer nicht sein: Während vor einem Vierteljahrhundert mit dem Abbau der Grenzzäune zwischen Ungarn und Österreich der Weg zur deutschen Vereinigung und zu einem neuen, freien Europa in West und Ost geebnet wurde, erleben wir dieser Tage das glatte Gegenteil. An den ungarischen Grenzen werden wieder Stacheldrahtzäune hochgezogen. Auch die 1989/90 eingestellten Kontrollen sind zurück – und zwar nicht nur an den Außengrenzen, sondern auch zwischen den einzelnen Ländern der Europäischen Union. Damit sind zwei tragende Säulen der EU krachend zusammengebrochen: die Abkommen von Schengen und Dublin. Wir erleben die Erosion der europäischen Einheit und eine Machtdemonstration der Nationalstaaten.

All das konterkariert das historische Versprechen von 1989/1990: Das »gemeinsame Haus Europa« (Michail Gorbatschow) sollte ein Kontinent frei von Grenzen und restriktiven Reisebeschränkungen sein. Freie Bewegung in ganz Europa, von Osten nach Westen und Süden nach Norden: Das wurde 1985 im luxemburgischen Schengen vereinbart und zehn Jahre später tatsächlich eingeführt. Doch heute schottet sich Europa wieder ab. Deutschland macht da keine Ausnahme: Aus dem vollmundigen »Yes we can« – vulgo: »Wir schaffen das« – der Kanzlerin wurde binnen einer Woche ein kleinmütiges, aber wohl realistischeres: Wir (allein) schaffen es nicht. Denn nachdem Merkels Aufnahmekündigung, untermalt von Selfies mit Flüchtlingen, ihren Weg um die Welt gemacht und zu erheblichen Wanderbewegungen gen Deutschland geführt hatte, waren die Kommunen und freiwilligen Helfer dem Massenansturm bald kaum mehr gewachsen. Die Einführung von Grenzkontrollen durch Deutschland war die, wenn auch nicht zwingende, aber doch dringend benötigte Konsequenz, um den überrumpelten Behörden mehr Zeit zu verschaffen.

Prompt trat der vorhergesagte Dominoeffekt ein: Kaum hatte die Bundesrepublik Kontrollen eingeführt, zogen die Anrainerstaaten nach. Am Ende steht eine bittere Erkenntnis: Ohne die Sicherung der europäischen Außengrenzen – bei gleichzeitiger Kooperation zur Gewährung des Rechts auf Asyl – ist das Schengen-Europa der freien Fahrt für freie Bürger nicht zu haben.

Was dagegen gerade nicht eintrat, war der erhoffte Druck auf die EU-Staaten, um zu einer solidarischen Aufnahmepolitik zu gelangen. Im Gegenteil: Die Bilder der so zahlreich nach Deutschland strömenden Flüchtlinge bekräftigten speziell die mittel- und osteuropäischen Staaten noch in ihrer ablehnenden Haltung. Das aber bedeutet den Offenbarungseid der bisherigen EU-Flüchtlingspolitik. Bislang hatte uns das Mittelmeer die Elenden dieser Welt, nämlich die auf der Süd-Nord-Route einwandernden Afrikaner, zynisch gesprochen vom Leibe gehalten. Nun aber kommen die Menschen auf dem Landwege, von Osten nach Westen, über die sogenannte Balkan-Route. Plötzlich ist der Begriff »Festung Europa« nicht mehr apokalyptische Drohvokabel, sondern eine Realitätsbeschreibung, ja schlimmer noch: Er droht zu einer Verheißung für all jene zu werden, die sich vor den Flüchtlingen am liebsten abschotten wollen.

Doch die Politik der Abschottung kann keine Lösung sein. Die Notleidenden werden sich von ihrer Flucht nicht abhalten lassen – weder von den äußeren und schon gar nicht von den inneren Grenzen. Damit ist aber auch das Scheitern des zweiten zentralen Abkommens manifest geworden: Seit 2003 flankiert Dublin II, seit 2013 Dublin III das Schengen-Abkommen; demnach ist immer nur ein EU-Staat für ein Asylverfahren zuständig – und zwar jener der Erstaufnahme. Nur dort »genießt« ein Asylantragsteller ein Bleiberecht. Allzu lange hat



Deutschland, als sogenannter Drittstaat, von dieser bequemen Regelung profitiert. Doch seit geraumer Zeit wird Dublin konterkariert. Schon lange sind die Aufnahmeeinrichtungen der Südländer völlig überlaufen. Speziell Italien und Griechenland schicken »ihre« Flüchtlinge daher einfach weiter, in der Regel nach Deutschland.

## DIE KUMULATION DER KRISEN

Dennoch stellt sich die Frage, was gerade jetzt zu diesem enormen Anwachsen der Flüchtlingsströme geführt hat. Der Grund dafür: Faktisch kumulieren in der Flüchtlingskrise die aufgestauten Probleme der letzten 25 Jahre. Das verheerende Agieren des Westens seit dem 11. September 2001, von Afghanistan über Irak bis Libyen, führte zum Zerfall, genauer: zur Zerstörung ganzer Staaten – inklusive der Entstehung und rasanten Ausbreitung des »Islamischen Staates«. Hinzu kommt seit 2011 die verheerende Lage im syrischen Stellvertreterkrieg: Durch den Machtzerfall des umso mörderischer agierenden Assad-Regimes, den Terror des IS wie die widerstreitenden Interessen der Groß- und Regionalmächte, USA und Russland, aber auch Iran, die Türkei und Saudi-Arabien, ist das Land längst zu einem failed state geworden, samt millionenfachem Exodus.[1]

Vier Jahre nach Beginn des Konflikts greift bei den Flüchtlingen die Gewissheit um sich, dass sie unter diesen Bedingungen nicht nach Syrien werden zurückkehren können. Diese Perspektivlosigkeit veranlasst immer mehr Menschen zur Flucht – zumal die Lage in den überfüllten Lagern der syrischen Anrainerstaaten immer katastrophaler geworden ist. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) haben inzwischen 12 der 20 Millionen Syrer ihre Heimat (im engeren Sinne) verlassen: 8 Millionen sind (noch) im eigenen Land unterwegs, 4 Millionen flüchteten in die Nachbarstaaten: 1,9 Millionen in die Türkei, 1,1 Millionen in den Libanon und 600 000 nach Jordanien, um nur die drei größten Aufnahmestaaten zu nennen.[2] Das aber heißt, dass sich bisher gerade einmal zwei Prozent der syrischen Flüchtlinge, nämlich 250 000, auf den Weg nach Europa gemacht haben. Doch angesichts der Notlage in den Lagern dürften diese Zahlen weiter zunehmen. Bereits im Juli musste das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) seine Projekte zum wiederholten Male aus Geldmangel kürzen. Flüchtlinge im Libanon erhalten derzeit monatlich 13,50 US-Dollar, in Form von Gutscheinen. Damit können sie allenfalls die Hälfte ihres Nahrungsbedarfs decken. In Jordanien leben bereits 86 Prozent der syrischen Flüchtlinge unter der Armutsgrenze.[3]

Damit steht fest, dass die Flucht nach Europa kurzfristig ohne eine Beseitigung der dringendsten Not in den Lagern nicht zu stoppen sein wird – und mittelfristig nicht ohne eine wenigstens partielle Befriedung Syriens.

Das aber sind »nur« die jüngsten Flucht-Brennpunkte. Weitere gründen in der langen Geschichte der Ausbeutung des Südens durch den Norden, früher als Kolonialismus, heute in Form einer höchst ungerechten Welthandelsordnung. Das ungeheure Elend speziell in Afrika, noch forciert durch postkoloniale diktatorische Regime, schafft sich so täglich eine neue Flucht-Nachfrage.[4] Bürgerkriege, Staatszerfall, soziales Elend – all das setzt die Menschen in Bewegung. Deswegen wird es auch nicht reichen, den verbrecherischen Schleppern das Handwerk zu legen: Millionen Verzweifelte warten nur darauf, endlich ihr altes Leben hinter sich zu lassen und ein besseres im gelobten Europa zu finden. Und dabei ist noch gar nicht abzusehen, welche Fluchtwellen durch immer massivere Umweltzerstörung ausgelöst werden.

## DAS VERSAGEN DES NORDENS

Damit aber sind die eigentlichen Fluchtursachen zu einem großen Teil das Produkt der Politik des Nordens. Und dennoch – das ist das Dilemma – werden sie sich dort nicht bewältigen lassen. Dieser globalen Herausforderung ist auch mit noch so großen Aufnahmequoten nicht beizukommen.

Zweifellos sind die Aufnahmekapazitäten eines derart reichen Kontinents wie Europa bei weitem noch nicht erschöpft. Zudem ist ein deutsches, im besten Falle sogar ein europäisches Einwanderungsgesetz dringend geboten. Dennoch ist die Vorstellung, man könne durch geregelte Einwanderung sämtliche Flüchtlingsströme bewältigen, bestenfalls naiv. All jene, die nicht das Glück haben, eine Greencard (ob in Amerika oder Europa) zu erhalten, werden es doch wieder per Fuß oder auf einem der Seelenverkäufer versuchen. Eine fortgesetzte unregulierte Einwanderung würde dagegen auch im Norden zu massiven Spannungen und Verteilungskonflikten führen.

Bei alledem zeigt sich: Europa hat das Flüchtlingsproblem über Jahre verdrängt. Faktisch wurde der Kontinent von der Euro- und Griechenlandkrise völlig absorbiert. Verantwortlich für die Lösung der Flüchtlingsfrage sind vor allem jene Staaten, die die aktuelle Weltunordnung angerichtet haben. Das aber sind beileibe nicht nur die USA. Hier liegt die eigentliche Ironie der Geschichte: Neben den diversen Staaten Ost-

europas – des »Neuen Europas«, wie sie einst vom ehemaligen us-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld ob ihrer Teilnahme am Irakkrieg genannt wurden – verweigert sich vor allem Großbritannien jeder gesamteuropäischen solidarischen Lösung bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Also ausgerechnet das Land, das neben den USA die Hauptverantwortung für den verheerenden Irakkrieg trägt.

### NATIONALE SOUVERÄNITÄT SCHLÄGT EUROPÄISCHE SOLIDARITÄT

Ob die EU zu der erforderlichen Solidarität in der Lage ist, wird sich daher nicht zuletzt daran erweisen, ob sie die Verweigerungshaltung der Anti-Europäer überwinden kann. Mehr denn je zeigt sich heute die Notwendigkeit einer koordinierten Flüchtlingspolitik. Stattdessen herrscht der pure Nationalegoismus. Schon der Versuch, mit einer europäischen Quotenregelung die Flüchtlinge gerecht zu verteilen, endete beinahe im Fiasko. Zwar wurde die Flüchtlingsfrage von der EU-Kommission inzwischen als eine gesamteuropäische Aufgabe anerkannt. Doch lange konnten sich die EU-Innenminister bloß auf eine Umverteilung von 40000 Flüchtlingen einigen. Für weitere 120000 beschlossen die Innenminister am 22. September einen neuen Verteilungsschlüssel – allerdings stimmten Ungarn, Tschechien, die Slowakei und Rumänien gegen die Einigung.

Hinzu kommt, dass die EU-Staaten noch immer über keine einheitlichen Asyl- und Flüchtlingsgesetze verfügen. Eine Anpassung ist hier dringend geboten – allerdings darf diese nicht, indem sie das deutsche Asylrecht aushebelt, eine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner bedeuten.

In der Asyl- und Flüchtlingsfrage zeigt sich wie nirgends sonst die aktuelle politische Grenze des Projekts Europas: Nationale Souveränität schlägt europäische Solidarität. Denn anders als im Falle der Griechenlandhilfe geht es heute nicht um scheinbar virtuelle Milliardenbeträge, sondern, verkörpert durch die sehr realen Flüchtlinge, um die beiden Kernfragen jeder nationalstaatlichen Souveränität. Erstens: Wer gehört zu uns? Und zweitens: Wer entscheidet über die Grenze – und ihre Sicherheit?

Offensichtlich gehen an diesem Punkt die Vorstellungen in Europa weit auseinander. Während die westlichen Staaten teilweise zu postnationalen Souveränitätseinbußen bereit sind, halten die Osteuropäer weit stärker an ihrer nationalen Eigen-

ständigkeit fest, die sie 1989/90 ja gerade erst wieder erlangt haben. Das Gleiche gilt in Fragen der ethnischen Homogenität: Hier verweigern sich speziell die Polen und Ungarn einer Aufnahme von Muslimen mit dem Argument, dass sie über keine multikulturelle Tradition verfügen. Die Hymne Europas, Beethovens Ode an die Freude – »Alle Menschen werden Brüder« –, entpuppt sich als bloße Illusion.

### HEGEMON UND SEHNSUCHTSLAND: ZWEI SEITEN DER DEUTSCHEN MEDAILLE

Ein zweiter Kontrast ist allerdings nicht weniger irritierend: Eben noch wurde Angela Merkel – stellvertretend für Deutschland – mit Hakenkreuz und Hitlerbart als das Übel Europas dämonisiert, heute erscheint sie als die »heilige Johanna der Flüchtlinge«, so die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« spöttisch.[5] Tatsächlich ist Deutschland – dank Merkel-Selfies und »Willkommenskultur« – zu dem Sehnsuchtsland im Sehnsuchtskontinent Europa geworden. Und doch sind Attraktion und Abstoßung nur die zwei Seiten einer Medaille: Deutschland, »die Macht in der Mitte« (Herfried Münkler), ist zumindest ökonomisch der Hegemon Europas – und gerade deshalb auch sein gelobtes Land.

Als Exportweltmeister hat Deutschland vom billigen Euro profitiert, gleichzeitig hat es mit seinen Niedriglöhnen (gemessen an der Arbeitsproduktivität) und mit immensen Handelsbilanzüberschüssen den Rest Europas in die Krise konkurriert. Die Ursachen der nationalen Egoismen datieren also lange vor der Flüchtlingskrise. Auf diese Weise hat die Bundesrepublik auch innereuropäisch für massive Migration gesorgt, speziell aus den südeuropäischen Krisenstaaten.[6] Weil Deutschland also wie kein anderes Land in Europa von der Einheit des Kontinents profitiert hat, ist es jetzt als Fluchtziel so ungemain beliebt – und gleichzeitig so verhasst.

Der deutsche Wohlstand wie die deutsche Hegemonie: Beides ist die Bundesrepublik im 25. Jahr der Einheit. Hinzu kommt aber noch ein Drittes. Mit ihrer Verfassung – und speziell mit dem Recht auf Asyl als Konsequenz aus den Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus – verfügt die Bundesrepublik über einen menschenrechtlichen Schatz, der sie in besonderer Weise für Flüchtlinge attraktiv macht. Diese drei Punkte bergen einen ungeheuren Sprengstoff in Europa. Während die Merkelsche Öffnung einerseits Begeisterung (»Merkel rettet die Ehre Europas«, »Libération«, Paris), andererseits Unverständnis auslöste (»Wie ein Hippie-Staat

von Gefühlen geleitet«, Anthony Glee, London), wurde die anschließende Schließung der Grenzen vor allem von einer Fraktion mit gewaltiger Freude zur Kenntnis genommen – nämlich von der europäischen Rechten. »Schengen kann das wohl nicht überleben«, twitterte UKIP-Chef Nigel Farage. Und Marine Le Pen frohlockte via Facebook: »Bye-bye EU«.

Auch in Deutschland dürften die Rechtspopulisten bald jubilieren. Frauke Petrys AfD, nach der Abspaltung des Lucke-Flügels von Teilen der Medien voreilig totgesagt, wittert bereits Morgenluft. Laut dem MDR-Sachsentrend von Infratest dimap kommt sie dort derzeit auf 13 Prozent – und liegt damit erstmals gleichauf mit der SPD.[7] Die Landtagswahlen am 16. März kommenden Jahres werden für die AfD wegweisend sein. Alles spricht dafür, dass sie in Sachsen-Anhalt ihr viertes Ost-Parlament erobern wird. Und die Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz werden zeigen, ob die Partei – nach Bremen und Hamburg – ihren Siegeszug auch im Westen fortsetzen kann. Gelänge der Einzug in ein Parlament eines westlichen Flächenlandes, wäre das für die Rechtspopulisten ein Meilenstein.

Niemand weiß das besser als die CSU, die sich noch immer der Straußschen Devise verpflichtet fühlt: Rechts neben uns ist nur noch die Wand. Auch deshalb reagierte der bayerische Ministerpräsident so brachial auf die Merckelsche Öffnungspolitik. Und zwar mit Erfolg: Indem Merkel die eigene Position revidierte und Grenzkontrollen anordnete, bewies Horst Seehofer, dass die Verteidigung der nationalen Interessen bei der Union weiter in guten Händen ist – eine Arbeitsteilung, von der nicht zuletzt die Kanzlerin profitiert.

## DER LINKE POPULISMUS: VERSUCHUNG UND GEFAHR

Wie aber reagiert die Linke in dieser hoch gefährlichen Lage? Hier setzen nicht wenige schon seit geraumer Zeit darauf, den rechten Populismus mit einem linken zu beantworten. »Ich bin überzeugt, dass wir in den kommenden Jahren eine tiefe Veränderung der in Europa einst vorherrschenden politischen Grenzen erleben werden und dass die entscheidende Konfrontation zwischen dem linken Populismus und dem rechten Populismus stattfinden wird«, schreibt die derzeit vielleicht wichtigste Ideengeberin der radikalen Linken, Chantal Mouffe. In einer »populistischen Situation«, so Mouffe, komme es darauf an, »eine klare Grenze zwischen den Eliten des Establishments (la casta) und dem ›Volk« zu ziehen.[8]

In ihrem grundlegenden Essay »Über das Politische« aus dem Jahr 2007 beschreibt die belgische Philosophin genauer, wie diese Grenzziehung zu geschehen habe.[9] Darin bricht sie mit der Idee, dass es gerade für linke Politik auf die Erzielung eines vernünftigen Kompromisses ankommt. Eine derartige diskursbasierte Konsenskultur überschätze die Möglichkeiten vernünftiger Argumentation. Statt auf Vernunft und Konsens setzt Mouffe daher auf Emotion und Konfrontation. Dabei nimmt sie ganz bewusst Anleihen bei dem wohl umstrittensten Theoretiker des Politischen, nämlich beim Staatsrechtler und späteren NS-Juristen Carl Schmitt. Dieser hatte das Politische als die Auseinandersetzung zwischen Freund und Feind definiert, notfalls bis zum Tode.[10] Mouffe will dieses hoch gefährliche Modell zivilisieren: Aus Feinden wie bei Carl Schmitt werden bei ihr Gegner, die um die kulturelle Hegemonie und politische Vormachtstellung ringen.

Mouffes Strategie der radikalen Konfrontation erteilt jeder gemeinsamen Politik mit links-liberalen oder sozialdemokratischen Parteien eine Absage, da letztere »an den Mechanismen der neoliberalen Hegemonie eine zu große Mitschuld tragen, als dass sie eine Alternative zu bieten hätten«.[11] Stattdessen plädiert sie für einen neuen linken Populismus, um ein homogenes Wir – »ein Volk« zu schaffen.[12] »Hier das wahre, gute Volk – dort die bösen Eliten, die es ausbeuten.« Das ist die neue linkspopulistische Kampfanzug in Europa. Im Falle Griechenlands konnte man bereits wie unter einem Brennglas die Umsetzung dieses Projekts studieren, aber auch seine ungeheuren Gefahren.

## GRIECHENLAND ALS EXEMPEL

Faktisch wäre Alexis Tsipras seiner eigenen populistischen Strategie beinahe zum Opfer gefallen. Hier zeigte sich in aller Schärfe, wie schwer – ja vielleicht unmöglich – es ist, Populismus tatsächlich zu zivilisieren. Vor allem Tsipras' Ausrufung des Referendums setzte in Griechenland eine ungeheure nationale Emotionalisierung in Gang. Maßgeblich befördert durch eine knallharte Austeritätspolitik, inklusive dramatischen Konjunkturrückgangs, und die unsägliche Diskreditierung der »faulen Griechen« (»Bild«) war in Athen nur noch von der Verteidigung der griechischen »Würde«, nationalem »Stolz« und dessen »Demütigung« die Rede. Gegner des »Oxi«, des Nein zu den Sparmaßnahmen, wurden als Verräter und Volksfeinde titulierte, das griechische Volk als hilfloses Opfer infamer neoliberaler Euro-Eliten.

Binnen Kürzestem war in der aufgeputzten Bevölkerung also nicht mehr von Gegnern, sondern von Feinden die Rede, in nationaler wie internationaler Hinsicht. Wenn etwa Plakate des deutschen Finanzministers plakatiert wurden mit der Überschrift »Fünf Jahre lang hat er euer Blut getrunken« oder »Wanted. Dead or alive«, dann ist damit die Grenze zur Feindschaft klar überschritten. Die fatale Konsequenz: Mit seiner anschließenden Zustimmung zu den harten EU-Sparvorgaben stand Alexis Tsipras plötzlich selbst auf der falschen Seite. Aus dem eben noch bejubelten Volksvertreter war der Volksverräter geworden – jedenfalls in den Augen seiner einstigen radikalen Parteigänger von der neugegründeten »Volks-einheit« (LAE). Jetzt reklamiert diese für sich, das »wahre Volk« zu verkörpern – auch wenn die von ihr erreichten knapp drei Prozent diesen Anspruch konterkarieren.

»Wenn nun die Wir-Sie-Konfrontation moralisch zwischen Gut und Böse statt politisch zwischen ›Gegnern‹ formuliert wird, dann kann der Gegenspieler nur als zu vernichtender Feind wahrgenommen werden«, erkennt Mouffe die Gefahren der eigenen Theorie<sup>[13]</sup> – um ihrer Versuchung dennoch zu erliegen. Denn wer wie der linke Populismus mit dem (vermeintlich wahren) Volk im Bunde sein will, kann nur auf der guten Seite stehen. Er nimmt damit die moralische Abwertung seiner Gegner billigend in Kauf.

All das erinnert in fataler Weise an den Jargon der 1920er Jahre, als die deutsche Rechte im angeblichen »Schandfrieden von Versailles« die Demütigung eines ganzen Volkes anprangerte und so breite Massen mobilisierte. Letztlich nahmen die Feinde der Weimarer Republik, auf der Rechten wie auf der Linken, die viel zu wenigen überzeugten Demokraten unter Beschuss. Die Zerstörung der ersten Republik auf deutschem Boden war die Folge.

Wer daher in der radikalen Linken auf die Freisetzung politischer Emotionen setzt, spielt mit dem Feuer. Faktisch gehen hier linker und rechter Radikalismus eine fatale Symbiose ein. Immer getreu der Devise: Die Schuldigen sind immer die Anderen – und in jedem Fall die Euro-Technokraten in Brüssel. Dabei zeigt sich gerade in der Flüchtlingsfrage, dass die EU nicht primär in Brüssel, sondern an den Egoismen der Nationalstaaten scheitert. Dem linkspopulistischen Jargon – hier die bösen Eliten, dort die gedemütigten Völker – ist dabei stets auch der Beifall der europäischen Rechten um Marine Le Pen

gewiss. Und das aus gutem Grund: Die Geschichte nämlich lehrt, wer in derartigen Krisenzeiten in aller Regel gewinnt: die radikale Rechte. Ein derartiger linker Populismus, erst einmal geweckt, frisst seine Kinder.

### DIE RECHTE ALS SIEGER: »KOALITION DER ANGST« UND DIE NEUE QUERFRONT

Denn faktisch tendieren die vermeintlich guten Völker, so sie unter Druck gesetzt werden, in der Regel keineswegs nach links. Schon Karl Marx sah deshalb das Volk höchst unsentimental, und insbesondere dessen untersten Rand: »Das Lumpenproletariat, diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert, seiner ganzen Lebenslage nach wird es bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen.«<sup>[14]</sup> Genau das erleben wir heute, wenn in Freital und Heidenau, aber auch in Lübeck und Reichertshofen die Asylbewerberheime abgefackelt werden. Hinter dieser Form der menschenverachtenden »Selbstjustiz« verbirgt sich aber keineswegs nur der Mob, sondern auch ein Teil der immer prekärer werdenden Mitte, die sich mit dem neuen Dienstleistungsproletariat zu einer »Koalition der Angst« (Heinz Bude) zusammenschließt.<sup>[15]</sup>

Der linke Populismus beschönigt mit seinem Wunsch, »einen progressiven Gemeinwillen herzustellen mit dem Ziel, ›ein Volk‹ zu schaffen« (Mouffe), diese ungeheuer gefährlichen Tendenzen innerhalb eines Volkes – indem er dieses homogenisiert und in Gänze als gut imaginiert. Die Idee eines einheitlichen Volkswillens bedeutet im Ergebnis eine klare Absage an den Pluralismus als den Inbegriff der demokratischen Kultur des Westens. Damit arbeitet der linke Populismus, wenn auch vermutlich ungewollt, den Propagandisten einer dubiosen Querfront auf Seiten der Neuen Rechten in die Hände.

So versucht der einstige Linke und heutige Nationalchauvinist Jürgen Elsässer längst alle Anti-Westler, von links wie rechts, gegen das »System« der EU zu sammeln: »Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks sind alle negativen Elemente der UdSSR auf die EU übergegangen: Das Politbüro mit den allmächtigen Kommissaren sitzt nicht mehr in Moskau, sondern in Brüssel.«<sup>[16]</sup> Mit exakt derselben populistischen (wie verschwörungslastigen) Argumentation gegen die »wirtschaftliche und politische Herrschaft der europäischen Olig-

archie [...], die sich hinter der deutschen Regierung versteckt und sich dabei freut, dass Frau Merkel die Drecksarbeit übernimmt«, heißt es in dem Aufruf »Für einen Plan B in Europa« von Oskar Lafontaine, Yanis Varoufakis u. a.: »Wir haben es hier mit der neoliberalen Variante der »begrenzten Souveränität« zu tun, wie sie der sowjetische Parteichef Breschnew 1968 formulierte. Damals haben die Sowjets den Prager Frühling mit Tanks niedergewalzt. Diesen Sommer hat die Europäische Union den Athener Frühling mit Banken niedergewalzt.«[17]

Bei aller berechtigten Kritik an der verheerenden Austeritätspolitik der EU: Eine derart ahistorische Gleichsetzung völlig unterschiedlicher Systeme verwischt die Grenzen zwischen links und rechts. Was am Ende übrig bleibt, ist kruder »internationalistischer« Nationalismus – gegen die Europäische Union. Hier zeigt sich, dass jedem Populismus mit seiner Tendenz zu diskriminierenden, ausgrenzenden Freund-Feind-Unterscheidungen eine rechte Schlagseite innewohnt. Schon heute sind die Gewinner der linkspopulistischen Eskalationsstrategie daher all jene Rechtspopulisten, die schon lange in der EU und ihren Institutionen den Ursprung allen Übels sehen.

### **KONSEQUENTE EUROPÄISIERUNG STATT POPULISTISCHER POLARISIERUNG**

Die große Aufgabe einer aufgeklärten Linken bestünde dagegen darin, zu einer Strategie der klugen Allianzen zurückzukehren – ohne die eigenen Grundüberzeugungen dabei aufzugeben. In der Geschichte der Bundesrepublik wie auch der Europäischen Union kam gesellschaftlicher Fortschritt stets durch das Bündnis von Arbeiterschaft und aufgeklärtem Bürgertum zustande. Diese Tradition manifestiert sich dieser Tage tausendfach in den allen Gesellschaftsschichten angehörenden freiwilligen Helfern.

Fest steht: Die nächsten Jahre werden für die Zukunft Europas entscheidend sein. Sie werden den Beweis erbringen müssen, ob dieses Europa überhaupt noch zu echter Solidarität und einer produktiven Einigung in der Lage ist – oder ob wir immer mehr in die Spirale der Verfeindungen geraten. Europa steht heute an einem Scheideweg: Im schlimmsten Fall erleben wir einen neuen ideologischen Bürgerkrieg in ganz Europa, mit radikalen Verfeindungen zwischen den Nationen und den verschiedenen politischen Lagern. Europäische Solidarität oder nationaler Egoismus: Das ist heute die Gretchenfrage – auch für die europäische Linke. Denn die europäische

Rechte hat mit der Flüchtlingsfrage ihr Mobilisierungsthema der nächsten Jahre bereits gefunden.

Ist Europa zu einer solidarischen Antwort auf dieses Menschheitsproblem in der Lage, durch eine gerechte Verteilung auf die verschiedenen Mitgliedsstaaten, oder entziehen sich die einzelnen Nationen aus egoistischen Gründen dieser gewaltigen Herausforderung? Die fatale Renationalisierung zu bekämpfen, ist die historische Aufgabe einer progressiven, freiheitlichen Linken. Heute steht Europa vor einer historischen Alternative: Entweder gelingt das geeinte Europa oder wir fallen zurück auf den alten nationalstaatlichen Flickenteppich. Letzteres bedeutet die Auflösung der EU und den Verzicht Europas auf globale Mitsprache. Damit würde die neue Weltordnung des 21. Jahrhunderts den neuen (und alten) Großmächten und ihren imperialen Ambitionen überlassen bleiben.


Die letzten 25 Jahre haben gezeigt: Das rein monetäre Europa der Neoliberalen, entscheidend vorangetrieben durch Angela Merkel und Wolfgang Schäuble, gibt offenbar nicht die Antwort auf die fundamentale Krise Europas. Im Gegenteil: Es treibt die Nationalismen und damit die Spaltung immer weiter voran. Die linke Alternative kann daher nicht ebenfalls national sein, sondern nur in einer konsequenten Europäisierung bestehen, die den Kontinent frei, gerecht und nachhaltig gestaltet.

Populistische Polarisierung ist dabei kein probates Mittel. Es wird nämlich nicht nur, wie manch Linker suggeriert, um bloße Umverteilung von Reich zu Arm gehen, sondern um eine grundsätzliche Transformation des kapitalistischen Systems. Letztlich geht es um die fundamentale Veränderung unseres Lebensmodells. Das wäre der Kampf gegen die eigentlichen Fluchtursachen. Nur dadurch wird das Menschheitsproblem der globalen Flucht wirklich zu lösen sein. Denn die eigentliche Basis für das Geschäftsmodell der Schlepper ist das immense Wohlstandsgefälle zwischen Norden und Süden, Westen und Osten. Solange dieses existiert – und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht –, wird die millionenfache Flucht kein Ende finden.

Kurzfristig bedarf es dagegen einer menschenwürdigen Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge; mittelfristig der Schaffung von Sicherheitszonen in Bürgerkriegsregionen,



speziell in Syrien; aber langfristig geht es um ein gerechtes und nachhaltiges Weltwirtschaftssystem.

Dafür wäre letztlich genau jene friedliche und gerechte Weltordnung erforderlich, auf die die Menschen 1989/90 nicht nur in Europa gehofft haben, wenn auch vergeblich. Gewiss, heute erscheint ein solches Ziel – nach all den Enttäuschungen der letzten 25 Jahre – höchst utopisch. Doch ein geeintes Europa könnte und müsste auf dem weiten Weg dahin zumindest einen Anfang machen. 

### ALBRECHT VON LUCKE

ist Jurist und Politikwissenschaftler; ist seit 2003 Redakteur der renommierten politischen Monatszeitschrift »Blätter für deutsche und internationale Politik« ([www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)), wo auch dieser Beitrag erschien. Regelmäßig schreibt von Lucke u.a. für die tageszeitung und den Freitag und arbeitet für Fernsehen und Hörfunk (politische Kommentare, Teilnahme an Diskussionen u.a. ARD-Pressclub, Phoenix-Runde, Bayern 2, WDR 5 Politikum, MDR Figaro, NDR Kultur und swr2 Forum). Von ihm sind erschienen: »68 oder neues Biedermeier: Der Kampf um die Deutungsmacht« (2008) und »Die gefährdete Republik: Von Bonn nach Berlin. 1949–1989–2009« (2009). 2014 wurde er mit dem Lessing-Förderpreis für Kritik ausgezeichnet (auf Vorschlag von Hans-Ulrich Wehler).

- [9] Chantal Mouffe, Über das Politische, Frankfurt a. M. 2007.
- [10] Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, Hamburg 1932.
- [11] Chantal Mouffe, Für einen linken Populismus, a.a.O.
- [12] Ebd.
- [13] Mouffe, Über das Politische, a.a.O., S. 12.
- [14] Karl Marx und Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Berlin 1959.
- [15] Heinz Bude, Die Koalition der Angst, in: »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 17.9.2015.
- [16] Jürgen Elsässer, Querfront in Europa, in: »Compact«, 6/2014.
- [17] Jean-Luc Mélenchon, Stefano Fassina, Zoe Konstantopoulou, Oskar Lafontaine und Yanis Varoufakis, Für einen Plan B in Europa, <https://griechenlandsoli.files.wordpress.com>, 12.9.2015.

- 
- [1] Vgl. Björn Blaschke, The New Middle Beast. Saudi-Arabien vs. Iran: Der Kampf um die Vorherrschaft im Mittleren Osten, in: »Blätter«, 9/2015, S. 45–53.
  - [2] Weitere 250000 Syrer flüchteten in den Irak und 130000 nach Ägypten, <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php>, vgl. dazu Issio Ehrlich, Wie viele Flüchtlinge kommen noch? Exodus hat Europa noch kaum erreicht, [www.n-tv.de](http://www.n-tv.de), 11.9.2015 und Kristin Helberg, »Ich nähme das nächste Flugzeug nach Syrien«, in: »die tageszeitung« (taz), 15.9.2015.
  - [3] Ehrlich, a.a.O.
  - [4] Vgl. Thomas Gebauer, Hoffen und Sterben. Flucht und Abschottung in Zeiten globaler Krisen, in: »Blätter«, 6/2015, S. 41–50.
  - [5] Berthold Kohler, Im nationalen Freudentaumel, in: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ), 8.9.2015.
  - [6] Im Juli 2015 haben deutsche Unternehmen Waren im Wert von mehr als 107 Mrd. Euro exportiert, wieder ein deutliches Plus im Vergleich zum Vorjahr.
  - [7] Im August 2014 ist die AfD mit einem Ergebnis von 9,7 Prozent erstmals in den Dresdner Landtag eingezogen, wenig später folgte der Einzug in die Landesparlamente von Thüringen und Brandenburg, in 2015 in die Bürgerschaften von Bremen und Hamburg.
  - [8] Chantal Mouffe, Für einen linken Populismus, [www.ipg-journal.de](http://www.ipg-journal.de), 30.3.2015; zustimmend Robert Misik, Populismus? Ja, bitte!, in: taz, 1./2.8.2015, und Jakob Augstein, Demonstriert lieber gegen die Banken, [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 27.8.2015; dagegen kritisch: Jan-Werner Müller, Populismus: Theorie und Praxis, in: »Merkur«, 8/2015, S. 28–37; Karin Priester, Die Stunde der Entscheidung. Radikale Linke im Geiste Carl Schmitts, in: »Blätter«, 6/2012, S. 108–119.



# LIEBE IN ZEITEN DER REVOLUTION

BANK AUSTRIA KUNSTFORUM WIEN



*Alexander Rodtschenko*

Selbstporträt, 1920, Öl auf Leinwand, 49 x 37,5 cm, Privatbesitz

Foto: © A. Rodtschenko & W. Stepanowa Archiv, Kunstwerk: © Bildrecht, Wien, 2015



# LIEBE IN ZEITEN DER REVOLUTION

BANK AUSTRIA KUNSTFORUM WIEN



**Warwara Stepanowa**

Rodtschenko-Karikatur, 1922, Tusche auf Papier, 23,5 x 18 cm,

Privatbesitz, Foto: © A. Rodtschenko & W. Stepanowa Archiv

Kunstwerk: © Bildrecht, Wien, 2015



**Warwara Stepanowa**

Selbstkarikatur, 1922, Tusche auf Papier, 23,5 x 17,5 cm

Privatbesitz, Foto: © A. Rodtschenko & W. Stepanowa Archiv

Kunstwerk: © Bildrecht, Wien, 2015

# Heimat – nicht bloß Solidarität, sondern auch Brüderlichkeit

**Die Sozialdemokratie muss** den Menschen »Heimat« schaffen. Für den Zusammenhalt von Gesellschaften ist Solidarität im Materiellen zwar notwendig, aber nicht hinlänglich, argumentiert Thomas Nowotny. Es geht auch um die im Motto der Französischen Revolution geforderte »Brüderlichkeit«.

**D**er emotionsgeladenen Begriff »Heimat« findet in sozialdemokratischen Programmen kaum Verwendung. Das ist verständlich. Zu oft wurde der Begriff im Kampf gegen die Sozialdemokratie instrumentalisiert. Die »Heimattreuen« waren die politischen Gegner; die »Heimwehren« eine faschistische Organisation. Der im FPÖ-Werbespruch von »Daham statt Islam« implizierte Heimatbegriff appelliert an die Angst vor fremden Kulturen und an den Wunsch, diese auszugrenzen. Das widerspricht sozialdemokratischen Grundwerten.

Eine gewisse Skepsis gegen die politische Verwendung des Wortes »Heimat« ist also berechtigt. Verstärkt wird diese Skepsis durch ein gerütteltes Maß an städtischen Snobismus gegenüber vielem, was unter der Marke »Heimat« angeboten und vermarktet wird: Blasmusik und Dirndlkleider, von der Kärntner FPÖ gratis verteilte Trachtenjoppen, Heimatfilme und fettreiche Bauernküche.

## LÄNDLICHER STAMMTISCH, STÄDTISCHES BEISEL

Zu solch »Ländlichem« gibt es aber ein städtisches, ebenfalls dem Lokalen verhaftetes, Gegenstück: Der ländliche Stammtisch hat sein Gegenstück im städtischen Beisel; das Krügel Bier sein Gegenstück im Café Latte; das verkitschte Volkslied sein Gegenstück in einer von Ernst Molden mit Jazz-Begleitung und im Dialekt vorgetragenen Friedhofs-Moritat.

Offensichtlich sucht jedermann Verankerung im Vertrauten und Bekannten, auch wenn er dafür nicht das Wort »Heimat« verwendet. Dieses Bedürfnis nach Einbindung und Geborgenheit ist offensichtlich un-unterdrückbar. In ihrer »Hochzeit« im frühen zwanzigsten Jahrhundert hat die So-

zialdemokratie dem auch Rechnung getragen. Sie bot einer diskriminierten, verunsicherten Unterschicht von armen Industriearbeitern »Heimat«. Es gab den Arbeiter-Sportklub; das »Arbeiterheim«; die Sektionsabende; den bekannten Subkassier, der einem regelmäßig besuchte und mit dem man politisieren konnte. Es gab die Arbeiter-Symphoniekonzerte, das Abonnement der Parteizeitung, das gemeinsame Wohnen im Gemeindebau. Es gab den Zusammenhalt fördernde Rituale wie den jährlichen Mai-Aufmarsch, etc.

## UNEINHOLBARE VERGANGENHEIT

Heute ist all das nicht wieder einholbare Vergangenheit. Es gibt nicht länger eine hinreichend große Nachfrage nach diesen Formen von organisierter Gemeinschaftlichkeit. Man verankert seine Identität und gesellschaftliche Stellung nicht länger in erster Linie durch Zugehörigkeit und vielschichtig Bindung an eine politische Partei.

Viele Bindungen und eine Vielfalt von Identitäten setzen sich vielmehr an die Stelle einer einzigen. Man identifiziert sich mit Vielem und ist an Vieles angebunden<sup>1</sup>. Man kann entweder den Beruf oder das Freizeitverhalten zum Kern seiner Identität machen. Man kann der Zugehörigkeit zu einem Staat höchste Bedeutung zumessen; aber und/oder auch seiner Eigenschaft als Bürger einer Gemeinde, eines Bundeslandes; oder gar dem Stratus als Bürger Europas. Man kann in rechtlicher Hinsicht Staatsbürger eines Staates sein und in emotionaler Hinsicht aber an einen anderen Staat gebunden sein; und man kann beides sogar unter einen Hut bringen. Man kann die Mitgliedschaft in einer Partei sehr wichtig nehmen; oder aber und umgekehrt auf die Abstinenz von allem Politischen stolz sein.

Die materielle Absicherung einer Person entscheidet darüber, ob man mit diesen vielen Anbindungen, Abhängigkeiten und Identitäten leicht ins Reine kommt oder ob einem daraus Probleme erwachsen. Wohlhabende haben damit weniger Schwierigkeiten und für sie ist diese Vielfalt eine willkommene Bereicherung. Bei weniger Privilegierten schafft diese Vielfalt von Abhängigkeiten und Identitäten hingegen nicht Zufriedenheit, sondern eine bedrohliche Unsicherheit.

In einem Bobo-Lokal am Wiener Yppenmarkt sitzend, kann sich ein Gutsituierter voyeuristisch am bunten, multiethnischen, multikulturellen Treiben ergötzen. Ein von Arbeitslosigkeit bedrohter, schlecht bezahlter Angestellter läuft eher Gefahr, in den Bärten und Kopftüchern der Verkäufer und Käufer, in deren, ihm fremden und unverständlichen, Sprache etwas Bedrohliches zu sehen. Die in den Szene-Lokalen sitzenden Bobos erscheinen dabei besonders suspekt. Er macht sie für die steigenden Mietpreise in dieser nunmehr als »schick« vermarkteten Gegend verantwortlich. Er wünscht sich, dass alles so bliebe, wie es einmal gewesen ist<sup>2</sup>, mit einer sicheren Anstellung, mit Nachbarn, die er kennt und die ihm auf seinem Lebenslauf begleiteten, mit einer Wohnung, deren Miete er leicht bezahlen konnte, mit einer Alltagskultur, an der er Anteil hatte.

## UN SICHERHEIT

All diese Unsicherheit durch rasche Veränderung und das Viele an Neuem und Fremdem widerspricht dem Wunsch, ja Zwang, fest in eine Gemeinschaft eingebunden zu sein. Das Unvermögen, diesem Urwunsch nach Eingebundenheit und echter Heimat zu entsprechen, ist die eigentliche Triebkraft hinter dem Aufblühen rechtsradikaler, anti-europäischer, xenophober Parteien.

Die moderne Sozialdemokratie hat dem dadurch Vorschub geleistet, dass sie anders als früher, dieses Grundbedürfnis nach Heimat weitgehend ignoriert. Einst galt auch für sie das Motto der französischen Revolution von »Freiheit, Gleichheit; Brüderlichkeit«. Aus Stelle der in der Tradition der französischen Revolution geforderten »Brüderlichkeit« setzte sich später die Forderung nach »Solidarität«.

Beide Begriffe sind nicht deckungsgleich. »Solidarisch« ist ein Mensch, der von seinem Besitz etwas an andere, bedürftigere Mitmenschen abgibt. Brüderlich sind Menschen, die einander ohne Leistung und Gegenleistung, spontan verbunden sind. Solidarische Hilfe von einem zum anderen ist zwar

notwendig für den Erhalt von Brüderlichkeit. Sie ist aber für diesen Zweck nicht ausreichend. Es ist zum Beispiel wichtig und notwendig, dass aus den Aufbringungen der Steuerzahler Arbeitslosen Hilfe gewährt wird. Aber das alleine schafft noch nicht die »Brüderlichkeit« – den eigentlichen Kitt, der Menschen zu einer Gemeinschaft verbindet.<sup>3</sup> Dieser Kitt gesellschaftlichen Zusammenhaltes wird brüchig. Die seichteren, vielfältigeren und zufälligeren Bindungen der Menschen können das Schwinden der älteren und festeren nicht kompensieren; und bei materiell schlechter gestellten Personen noch weniger als bei den etwas wohlhabenderen. Die meisten erleben diese Bindungslosigkeit nicht als Freiheit, sondern als Bedrohung.

Der Versuch muss notwendig scheitern, sich stattdessen durch hohen Konsum eine feste Identität und Stellung in der Gesellschaft zu schaffen. Man steigt dadurch nur in einen nie endenden wollenden Wettlauf ein, in dem es keine dauerhaften Gewinner geben kann. Zum Scheitern verurteilt sind deshalb Parteien, die Bürgern lediglich höhere Einkommen und gesteigerten Konsum in Aussicht stellen<sup>4</sup>. Diese materiellen Aspekte der Politik werden zweitrangig. Das zeigen auch die Ende Mai 2015 abgehaltenen Landtagswahlen in den österreichischen Bundesländern Steiermark und im Burgenland. Die Bundesregierung hatte im Vorlauf zu diesen Wahlen eine Steuersenkung im gewaltigen Ausmaß von 5 Milliarden Euro beschlossen. Die Wähler hat das nicht beeindruckt. Beeindruckt und motiviert waren sie vielmehr von Ängsten um die Erhaltung ihrer Identität. Die FPÖ hatte sie erfolgreich geschürt, indem sie den Wählern glauben machte, von einer Welle von Einwanderern und Asylanten bedroht zu sein.

Gemeinschaftlichkeit, und die durch sie vermittelte Sicherheit entsteht in und durch einen allen zugänglichen öffentlichen Raum der eine von allen geteilte Erfahrung vermittelt. Dieser öffentliche Raum ist geschrumpft. Die Sportstadien stehen halb leer, während Menschen, jeder für sich alleine und von anderen isoliert, die in den Stadien abrollenden Spiele auf dem Fernseher verfolgen. In Kirchen folgen selbst an Sonntagen nur mehr wenige gemeinsam den Gottesdienst. Neben den Kirchen verlieren auch andere Großorganisationen wie politische Parteien und Gewerkschaften Mitglieder und Einfluss. In der zu Ende gehenden Ära der allgemeinen Wehrpflicht hatte die Soldaterei jungen Männern einst ein ihnen gemeinsames Erleben vermittelt. In den meisten europäischen Staaten hat man nun aber Berufsheere an Stelle dieser Volksheere gesetzt. Statt gemeinsam in Bahn, Straßenbahn oder



Autobus reisen viele Bürger jeder für sich in der Stahlzelle eines Autos eingeschlossen.

Verändert hat sich aber vor allem auch die gemeinschafts-schaffende politische Kommunikation. Sie erfolgte einst großteils über Zeitungen und über seriösen Rundfunk und seriöses Fernsehen. Viele haben also dasselbe gesehen, gehört oder gelesen. Auf dieser Grundlage von geteilter Information konnte sie sich über Politisches verständigen. Heute werden Zeitungen zunehmend durch das Internet verdrängt. An Stelle der einst wenigen Radio- und Fernsehprogramme trat eine unermessliche Vielzahl solcher Programme. Fast alle sind durch bezahlte Werbung finanziert. Dementsprechend suchen sie die Zahl von Zusehern und Zuhörern zu maximieren, mit der Folge von Seichtheit und Oberflächlichkeit in der politischen Berichterstattung. Jeder Zuseher, Zuhörer oder »Surfer« im Internet sucht sich aus der nunmehr verfügbaren Vielfalt das aus, was am besten zu seinem individuellen »Profil« passt. Er wählt jenes Programm, welches seiner schon vorgefassten Meinung am ehesten entspricht. Es gibt also nicht länger die allen Bürgern gemeinsam Plattform politischer Information. Ein einst für die Politik zentraler gemeinschaftlicher Raum ist damit zerstört.

Es haben sich neue Formen der Gesellschaftlichkeit an Stelle der alten gesetzt. Facebook ersetzt in das Kaffeehaus; Clubbing den Heurigen. Es ersetzen Gruppen mit eng umschriebenen politischen Anliegen (etwa im Bereich des Umweltschutzes oder im humanitären Bereich) die einstigen, breiten politischen Bewegungen. Aber dieses Neue ist dem Alten nicht gleichwertig. Die früheren Formen gesellschaftlicher Organisation und Kommunikation hatten eine breite Zusammengehörigkeit geschaffen. Durch die neuen Formen der gesellschaftlichen Organisation und Kommunikation zerfällt die einst breite Zusammengehörigkeit in einen loseren Zusammenhalt in kleineren Gruppen. Ein »Like« auf Facebook<sup>5</sup> hat für den einzelnen, aber auch für die Gesellschaft insgesamt nicht denselben Stellenwert, wie etwa das dauernde und starke Engagement für eine politische Partei.

Der innere Zusammenhalt einer Gesellschaft durch Gemeinschaftlichkeit und Brüderlichkeit hat nicht bloß emotionale Bedeutung. Er vermittelt nicht bloß das Gefühl von Geborgenseit, Stetigkeit und Sicherheit. Er bildet auch die Grundlage für solide Politik und Wirtschaft. Beide benötigen für ihr klagloses Funktionieren einen Vorschuss von Vertrauen in Personen und Einrichtungen, von denen man abhängig ist.

Dieses Kapital an Vertrauen existiert in den von Francis Fukuyama so bezeichneten »high trust societies« (Gesellschaften mit einem hohen Maß an gegenseitigem Vertrauen), wie etwa in den skandinavischen Staaten aber auch in Staaten Ostasiens. In der arabischen Welt hingegen mangelt es an diesem »Sozialkapital«<sup>6</sup>. Das erschwert gemeinschaftliches Handeln. Im Zuge der bisherigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung schrumpft dieses »Sozialkapital«. Menschen handeln und sehen sich zunehmend nicht als Glied in einer Gruppe von »Brüdern«, sondern als völlig frei stehende Individuen. Den großen alles verbindenden Einrichtungen entzieht man zunehmend das Vertrauen. Wie Meinungsumfragen zeigen, begegnet man ihnen mit Misstrauen. Am härtesten trifft das Politiker. Sie werden zu einer geradezu verachteten Kaste. Das lähmt die Politik. Sie kann nicht länger das Gemeinsame darstellen und kollektives Handeln katalysieren.

## EIN SOLIDES GEMEINSCHAFTLICHES HAUS

Ihre Aufgabe wäre es daher, auch aus ureigenstem Interesse, diesen Entwicklungen entgegen zu treten und zu vermitteln, dass die Sozialdemokratie für ein solides gemeinschaftliches Haus, oder – nach den Worten des schwedischen Sozialdemokraten Per Albin Hansson – für eine **gute Heimat für das ganze Volk** sorgen kann. Wie kann die Sozialdemokratie diesem Auftrag entsprechen?

- Die geforderte Gemeinschaftlichkeit wird zuvorderst durch die wachsende *Ungleichheit* in Einkommen und Vermögen gesprengt. Statistiken belegen die negativen Folgen wie lahmes Wirtschaftswachstum, steigende Kriminalität, Zerfall der Familien, Schäden an der Gesundheit, etc.

- *Arbeitslosigkeit* sondert die von ihr Betroffenen von der übrigen Gesellschaft ab. In einer stark arbeitsteiligen Gesellschaft wie der heutigen, ist Arbeit der Beitrag zu etwas Gemeinsamem. Arbeitslosigkeit schließt aus dieser Gemeinsamkeit aus. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren, ist also der Kampf gegen Ungleichheit und Arbeitslosigkeit vorrangig.

- Individualisierung und Entsolidarisierung sind aber auch Folge der raschen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung und vor allem auch der damit einhergehenden und *Globalisierung*. Grenzen werden durchlässig. Das schwächt die Funktion des Staates als eine umfassende Solidargemeinschaft<sup>7</sup>. Er verliert an Gestaltungsmöglichkeit. Er hat nicht länger Zugriff auf vieles, was für Menschen von grundlegender Bedeu-




tung ist: Geldpolitik, Wirtschaftskonjunktur, Versorgungssicherheit mit Energie und Nahrungsmitteln, Schutz vor terroristischer Gewalt; etc. Im schlimmsten Fall gibt es für all das keine überstaatliche politische Steuerung. Im besten Fall – und das ist die Option der Sozialdemokratie – übernehmen internationale Organisationen diese Steuerungsfunktion. In beiden Fällen mindert das die Funktion des Staates und damit auch dessen Funktion als Solidargemeinschaft. Kompensieren kann das eine Aufwertung der kleineren politischen Einheit, vor allem der Gemeinden und Städte<sup>8</sup>. Dort ist das Füreinander, dort ist gegenseitige Verantwortung auch greifbarer.

Die Sozialdemokratie war traditionell Vorkämpferin für politischen »Zentralismus«, durch den die Kompetenzen des Gesamtstaates zu Lasten der Kompetenzen von Ländern und Gemeinden aufgewertet wurden. Zum Teil lässt sich das aus dem einstigen Gegensatz ländlich/städtisch erklären, als das progressive Zentrum dem eher konservativeren ländlichen Regionen gegenüberstand. Heute dominiert die Stadt. Die Bevölkerung und auch deren Einstellung und Weltanschauung ist weitgehende »städtisch«. Die Sozialdemokratie sollte sich dem anpassen, die Vorbehalte gegen die kleinere politische Einheit aufgeben und deren politische Funktion stärken.

»Alle Politiker sind Gauner. Sie arbeiten nur für die eigene Tasche«. Der Spruch ist bekannt. Die meisten haben ihn in der einen oder anderen Form schon gehört. Die Folgen solcher offenbar weit verbreiteten Ansichten sind bedrohlich. Es wird die Legitimität demokratischer Ordnung in Frage gestellt. Man sollte also meinen, dass solche Ansichten bei Gebildeteren wenig Widerhall finden. So war ich erstaunt und erschrocken, den notorischen Spruch einmal auch aus dem Mund einer akademisch gebildeten Medizinerin zu vernehmen. Ich habe gefragt, ob sich diese Ansicht auf persönliche Vertrautheit mit Politik und Politikern gründet. Das wurde verneint. Also habe ich nachgehakt: »Ist Ihr Bürgermeister auch ein solcher Gauner, der nur für die eigene Tasche arbeitet?« Darauf die spontane Antwort: »Selbstverständlich nicht. Ich kenne den Bürgermeister einigermaßen. Das ist ein ganz normaler Mensch, der eben das tut, was er als Bürgermeister zu tun hat.« Auf der untersten politischen Ebene der Gemeinde oder Stadt weicht das Abstrakte dem Konkreten. Verantwortung und Vertrauen lässt sich an bekannten Personen festmachen; Demokratie leben.

• Es geht aber nicht bloß um die Verschiebung von politischen Kompetenzen und Verantwortung zwischen internati-

onaler, nationaler und lokaler Ebene. Es sind das nicht bloß Aktionen zur Erhöhung politischer Effizienz und zur Stärkung von Demokratie. Sie dienen auch der Wiederherstellung von Gemeinschaftlichkeit. Das muss darüber hinaus ein allgemeines sozialdemokratisches Anliegen sein und muss auf vielen Ebenen verfolgt werden: Im Städtebau durch die Erhaltung und Schaffung von öffentlichem Raum; in der Pressepolitik durch die Förderung allgemein zugänglicher qualitativ hochstehender Medien; durch eine Politik, die alle an Kultur und ihren mannigfachen Ausformungen teilhaben lässt; durch eine Schul- und Bildungspolitik die unterschiedliche Kasten und Klassen der Gesellschaft nicht trennt, sondern eint; durch die Zurückdrängung von Kommerz und Werbung im öffentlichen Raum; und durch eine Wirtschafts- und Industriepolitik, die die kollektiven Formen von Eigentum und Schaffen fördert und sich der Aufforderung nach sachlich nicht begründbarer weiterer Privatisierung widersetzt. 

#### THOMAS NOWOTNY

ist Jurist und war jahrzehntelang im diplomatischen Dienst der Republik Österreich tätig. Von 1970–1975 war er Sekretär im Kabinett von Bundeskanzler Bruno Kreisky, 1983–1993 Leiter der Grundsatzabteilung des Außenministeriums, danach bei der OECD in Paris und in vielen anderen Funktionen tätig. Im »Ruhestand« lehrt er »Internationale Beziehungen« an der Universität Wien.

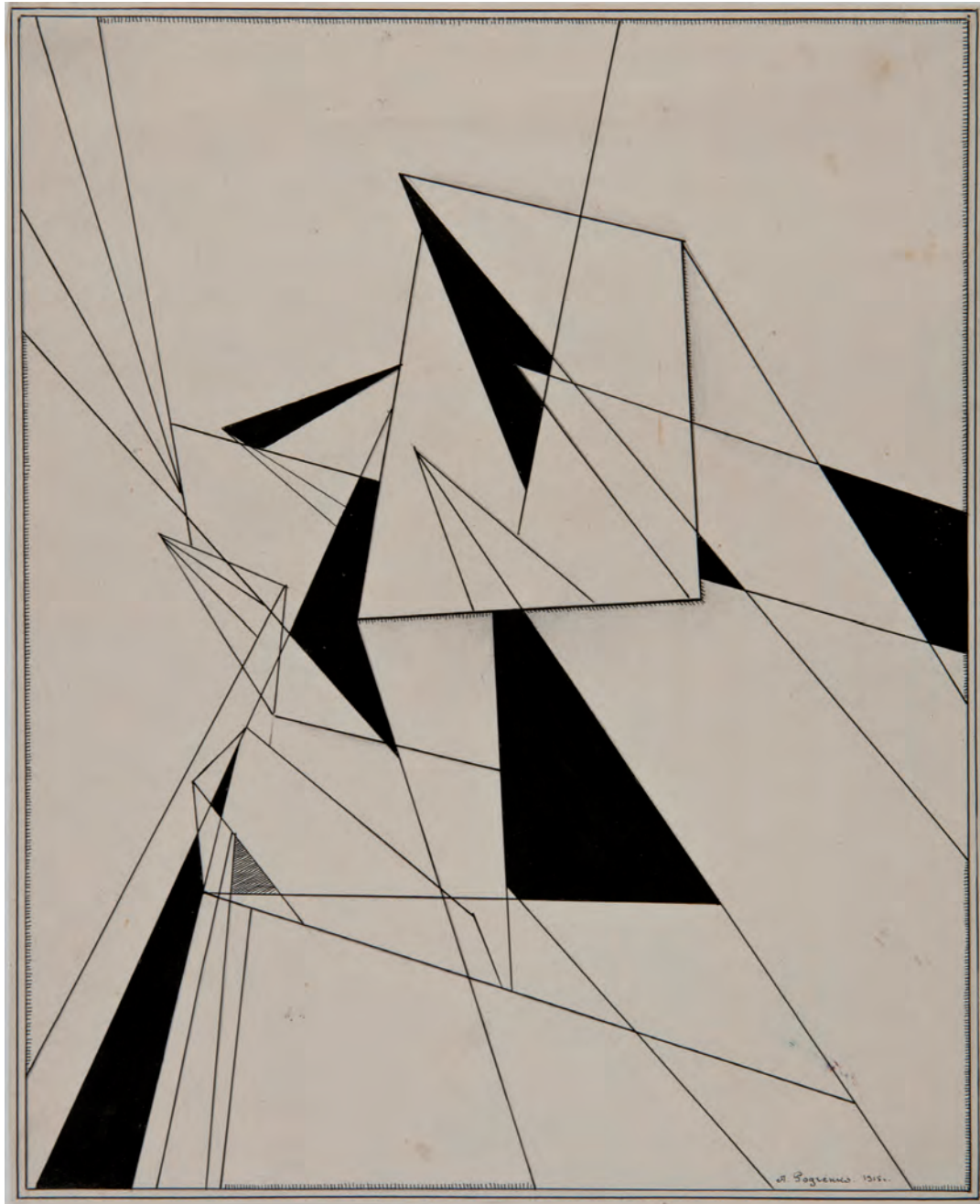
1. In dieser Öffnung hin zur Vielfalt sieht der Essayist und Philosoph Norbert Elias die wesentliche Triebkraft menschlichen Fortschritts.
2. Nach dem als Motto über dem Luxemburger Rathaus stehendem

Ausspruch: »Wir wollen bleiben, was wir sind.«

3. Die Sozialdemokratie gründet ihre Legitimität also hauptsächlich auf das Versprechen, Menschen ausreichend mit materiellen Gütern zu versorgen. Das Nämliche versprechen auch die Wirtschaftsliberalen. Die beiden Gruppen unterscheiden sich nur dadurch, dass die Sozialdemokratie das Produzierte durch den Staat gerechter verteilen will; während die Wirtschaftsliberalen eine solche Tätigkeit des Staates deshalb für schädlich halten, weil durch sie nur der Markt gestört wird, der ohnehin alles bestmöglich verteilt.
4. Ein solches Versprechen lässt sich heute ohnehin nicht einlösen. Der Zugriff der Politik auf die Wirtschaft, die dieses Mehr an Waren und Dienstleistungen erzeugen soll, ist beschränkt. Die Wirtschaft wächst jetzt nur mehr langsam. Der Zuwachs, der verteilt werden könnte ist gering. Die im Staat organisierte Gemeinschaft macht überdies dafür, dass das Volumen des privaten Konsums kaum mehr erhöht werden kann. Gegenüber individuellen Ansprüchen wachsen die Ansprüche der Gemeinschaft in dem Maße, in dem die Gesellschaft komplexer wird und in dem die gegenseitigen Abhängigkeiten zunehmen
5. Die »grüne« Protest-Bewegung« in Teheran, der arabische Frühling, wie er sich am Tahrir Platz in Kairo manifestierte, die türkischen Proteste am Istanbul Taksim Platz, sie alle ruhten auf der Mobilisierung durch die neuen »sozialen Medien« wie Facebook und Twitter. Die durch diese elektronische Medien gebildete Gemeinschaft fühlte sich mächtige in dieser in sich geschlossenen Welt. Die durch diese Medien vermittelte gegenseitige Bestätigung von Ansichten und Plänen schuf den irreführenden Eindruck eines großen Durchsetzungsvermögens. In der darauf folgenden Konfrontation mit organisierter Politik und blanker staatlicher Gewalt hat sich das als illusionär erwiesen.
6. Gesellschaften spalten sich entlang den Bruchlinien zwischen immer kleineren Gruppen: eine Religion gegen eine andere, ein Stamm gegen einen anderen, ein Clan gegen einen anderen, ein Bruder gegen den anderen Bruder.
7. Mit wem, zum Beispiel, soll ein österreichischer Industriearbeiter solidarisch sein: mit dem Arbeiter in einer chinesischen Fabrik, der sozial emporsteigen kann, weil die von ihm hergestellten Waren auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind und damit auch die in Österreich hergestellten Industrieprodukte verdrängen. Oder soll dem österreichischen Industriearbeiter internationale Solidarität nebensächlich sein, und sollte er sich statt dessen mit österreichischen Arbeitern solidarisieren, deren Arbeitsplätze durch den Import chinesischer Industrie – Waren bedroht sind?
8. Gemeinden sind nicht nur effizienter und demokratischer dadurch, dass die »Rück – Koppelungen« kürzer und direkter sind. Ihre steigende Bedeutung für die politische Gestaltung findet Ausdruck auch in einer stärkeren internationalen Präsenz. Die zumindest die großen Städte wurde eindeutig auch auf der internationalen Bühnen zu eigenständigen Akteuren.

# LIEBE IN ZEITEN DER REVOLUTION

BANK AUSTRIA KUNSTFORUM WIEN



**Alexander Rodtschenko**

Zeichnung mit Lineal und Zirkel, 1915, Tusche auf Papier, 25,1 x 20,4 cm, Privatbesitz

Foto: © A. Rodtschenko & W. Stepanowa Archiv, Kunstwerk: © Bildrecht, Wien, 2015

# Tage des Terrors

**Vor 40 Jahren** wurde Wien mit der OPEC-Geiselnahme Schauplatz des internationalen Terrorismus. Der Historiker Thomas Riegler blickt auf die Ereignisse zurück.

**N**ie zuvor und nie wieder danach befanden sich so viele hochrangige Politiker in den Händen von Terroristen: Die Geiselnahme während der Ministerkonferenz der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) in Wien am 21. Dezember 1975 nimmt bis heute eine Sonderstellung in der Geschichte des modernen Terrorismus ein. Ein sechsköpfiges Kommando, angeführt von dem damals 26-jährigen Venezolaner Ilich Ramirez Sanchez (besser bekannt als »Carlos«), hatte insgesamt 62 Geiseln genommen, darunter elf Erdölminister. Es gab drei Tote zu beklagen – einen österreichischen Polizisten, einen irakischen Leibwächter und einen libyschen Delegierten. Bundeskanzler Bruno Kreisky handelte schließlich die Ausreise des Terrorkommandos und eines Teils der Geiseln nach Algerien aus, wo die Minister nach einem nervenaufreibenden Hin- und Herflug zwischen Tripolis und Algier am 23. Dezember 1975 auch freikamen. Der »Coup« von Wien erregte damals weltweite Aufmerksamkeit. Kürzlich meinte der Journalist und zeitweilige Agent des Bundesnachrichtendienstes (BND), Wilhelm Dietl: »Der Terroranschlag auf die OPEC-Konferenz war eine der größten Medienkampagnen aller Zeiten – also, man kann das vergleichen mit 9/11.«

Die OPEC-Geiselnahme war eine bedeutende Wegmarke in der Entwicklung moderner terroristischer Gewalt: Im Unterschied zum »älteren« Terrorismus mit seinen primär nationalen Bezügen wurde der Anschlag in Wien transnational vorbereitet, organisiert und durchgeführt. Verantwortlich zeichnete das PLFP-Special Command, eine palästinensische Splittergruppe unter dem Kommando von Wadi Haddad, der heute als »Pate« des modernen Terrorismus gilt. Neben Carlos und zwei eigenen Leuten hatte Haddad zwei deutsche Linksextremisten – Gabriele Kröcher-Tiedemann und Hans Joachim-Klein – angeworben. Hinzu kam noch Carlos Stellvertreter Anis Naccache, der eigentlich zur »Fatah« von Jas-

sir Arafat gehörte und diese insgeheim auf dem Laufenden hielt. Haddad wollte mit der Aktion mediale Aufmerksamkeit auf das »Palästinenserproblem« lenken. Noch wichtiger waren allerdings geheime Machenschaften: Einerseits ging es um Geldbeschaffung, andererseits war die Geiselnahme eine Folge des Machtkampfes innerhalb der OPEC. Denn der eigentliche Auftraggeber und Initiator war der libysche Staatschef Muammar al-Gaddafi. Dieser wollte die Preispolitik des Kartells beeinflussen und benutzte Haddads PLFP-Special Command als Stellvertreterstreitmacht, um Druck auf seine Gegner – Saudi-Arabien und den Iran – auszuüben.

## DAS TERRORKOMMANDO KAM MIT DER STRASSENBAHN

Kurz vor 11.30 Uhr langten die Terroristen mit der Ring-Strassenbahn fast direkt vor den Sitz des OPEC-Generalsekretariats am Dr. Karl-Lueger-Ring Nr. 10 (seit 2012 Universitätsring) an. Gut, dass die Tram an diesem Sonntagvormittag fast leer war. Denn die Gruppe bot ein »lustiges Bild«, erinnerte sich Hans Joachim-Klein: Carlos mit seinen lateinamerikanischen Zügen und der in Wien gekauften Baskenmütze auf dem Kopf, der kleingewachsene »Jusef«, ein »Vollblutaraber«, und der Rest in dicken Jacken, um darunter Waffen zu verbergen: »Wir konnten uns deshalb kaum bewegen, und genauso sah es aus.« In Adidas-Sporttaschen wurden Maschinenpistolen, Handgranaten, Plastiksprengstoff, Sprengkapseln und für jeden eine Packung Amphetamine zum Wachbleiben mitgeführt. Es war also kein Wunder, dass nicht nur der Schaffner »guckte«.

Die OPEC war im Juli 1965 von Genf nach Wien übersiedelt – man hatte sich in den ersten zwei Stockwerken eines Hochhauses direkt gegenüber der Hauptuniversität eingemietet. Die Ministerkonferenz war bereits seit einer Stunde im Gange. Da am Ergebnis der Besprechungen großes Medieninteresse herrschte, befanden sich ca. 30 Journalisten vor Ort.

Das machte die Situation vor dem Gebäude und im Hausflur »sehr unübersichtlich« und erleichterte den Terroristen ihr Vorgehen. Vor allem spielte ihnen in die Hände, dass die Sicherheitsvorkehrungen generell lax gehandhabt wurden. Bundeskanzler Kreisky räumte Anfang 1976 vor dem Nationalrat ein, dass man auf österreichischer Seite einen »entscheidenden Fehler« gemacht habe: Die OPEC wurde für die am »wenigsten gefährdete Institution« gehalten, weil damals bereits bekannt war, dass einige der Mitgliedsstaaten zu den Förderern des internationalen Terrorismus zählten. »Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass diese Organisation – auch sie selber kam übrigens zu dem Schluss – kein Sicherheitsrisiko darstellt. Da haben wir geirrt«, so Kreisky.

An jenem Sonntagvormittag war direkt vor dem Eingang in das OPEC-Gebäude ein einzelner Polizeibeamter positioniert, der aber nur die Zu- und Abfahrt regelte. In den Räumlichkeiten der OPEC versahen zwei Staatspolizisten Dienst: Der 60-jährige Anton Tichler, der zwei Monate vor der Pensionierung stand und der 59-jährige Josef Janda. Die Anweisung an sie lautete, im Gefahrenfall möglichst nicht von der Schusswaffe Gebrauch zu machen, sondern Meldung zu machen. Mit Funkgeräten dafür waren sie allerdings nicht ausgestattet. Der einzige zusätzliche Sicherheitsmann, ein gebürtiger Iraker, war bei der OPEC beschäftigt und versah den Dienst unbewaffnet.

### »IS THE CONFERENCE STILL WORKING?«

Unter den genannten Gegebenheiten war es für die Terroristen ein leichtes, ein Treffen von hochrangigen – teils hochgefährdeten – Persönlichkeiten zu überfallen. An dem Posten vor dem Gebäude war das Kommando zielstrebig vorbeigegangen: »Die Herrschaften haben freundlich begrüßt, ich glaube, sie haben Grüß Gott gesagt oder Guten Tag, Herr Inspektor. Ich hatte keinen Auftrag, die Leute zu kontrollieren. Das ist ja auch so schnell gegangen.« Im Foyer passierten die Terroristen dann eine wartende Journalistenrunde. Jemand fragte: »Is the conference still working?« Ein französischer Reporter erinnerte sich: »Ich habe gesagt: ›Ja; da sind sie hineingegangen, und einige Sekunden später habe ich Schüsse gehört.« Im Konferenzsaal dachte der saudische Erdölminister Ahmed Yamani zuerst, die unbekanntenen Angreifer müssten Europäer sein, die gewaltsam gegen die Erhöhung der Ölpreise protestierten: »Ich dachte, sie kommen, um an uns Rache zu nehmen.«

Der genaue Ablauf der nachfolgenden Ereignisse ist bis heute umstritten – fest steht nur, dass es den Terroristen gelang,

die Räumlichkeiten unter ihre Kontrolle zu bekommen und dabei 62 Geiseln – darunter elf Erdölminister – zu nehmen. Die Attacke wurde brutal durchgeführt. Wovon mit einiger Sicherheit ausgegangen werden kann, ist, dass »Nada« – also Gabriele Kröcher-Tiedemann – den Staatspolizisten Tichler erschoss, als dieser Hilfe holen wollte. Laut Zeugenaussagen tötete Kröcher-Tiedemann kurz darauf auch den Leibwächter des irakischen Erdölministers Saces al Khafazi. Dieser hatte die zierliche Frau in ein Handgemenge verwickelt. Die Leiche des dritten Opfers – das libysche Delegationsmitglied Jussuf Izmirili – wurde erst im Zuge der Tatbestandsaufnahme am 22. Dezember 1975 im Zimmer Nr. 105 aufgefunden. Der Vater zweier kleiner Kinder war durch zwei Einschüsse in den Kopf und fünf Einschüsse in den Rücken getötet worden. In diesem Fall war Carlos der Täter – als er das Bürozimmer kontrollieren wollte, hatte er sich plötzlich Izmirili gegenüber gesehen und nach einer kurzen Rangelei geschossen.

### »DAS WAR EINE ANTI-GEISEL-TRUPPE«

Insgesamt drei Notrufe waren aus dem OPEC-Gebäude abgesetzt worden. Um 11.50 Uhr traf das Einsatzkommando (EKO) der Bundespolizeidirektion Wien am Schauplatz ein. Das EKO bestand gerade einmal aus acht Beamten, die mit Stahlhelmen aus Wehrmachtsbeständen, Maschinenpistolen und zwei schussicheren Westen ausgerüstet waren. Es handelte sich durchwegs um ältere, beleibte Männer. Man hatte sie bewusst ausgewählt, weil sie als erfahren galten. Deshalb würden sie in gefährlichen Situationen ruhig bleiben und nicht gleich den Abzug ihrer Waffe bedienen. Moderne Bedrohungen wie Geiselnahmen durch Terroristen hatten bei der Konzeption des EKO noch keine Rolle gespielt. Die Polizisten stürmten über die Treppe in den ersten Stock und versuchten von dort aus in das Foyer einzudringen. Angeführt wurden sie von dem 52-jährigen Großvater und zu 42 Prozent kriegsversehrten Kurt Leopolder. Bei ihrem Vorgehen machten die Polizisten solchen Lärm, dass die Geiselnahmer auf den Vorstoß längst vorbereitet waren. Terrorist Klein nannte sie später in seinen Memoiren »Wiener Djangos«: »Das war keine Anti-Terrorismus-Truppe, das war eine Anti-Geisel-Truppe mit Suizidabsichten.« Beim anschließenden kurzen, aber intensiven Feuergefecht erhielt Klein einen Bauchschuss, während Leopolder einen Treffer im Gesäß abbekam (»In Oasch hobn's mi gschossn. Oba den Hund hob i dawischt.«). Der Polizist sollte sich von der Verletzung nicht mehr erholen und blieb teilweise gelähmt. 1976 bekam Leopolder eine Medaille, 5.000 Schilling Überbrückungshilfe und wurde pensioniert. Die OPEC bezahlte ihm monatlich 2.600 Schilling. Am 15. Juli 1984



verstarb er 61-jährig an den Spätfolgen. Weitere Vorstöße unterblieben. Die Polizei beschränkte sich infolge darauf, das Gebäude hermetisch abzuriegeln. Das war auch notwendig, denn in unmittelbarer Nähe versammelten sich rasch mehrere Hundert Schaulustige. Ein anwesender Reporter von »profil« registrierte bald gereizte Stimmung: »Die Kälte macht die Menge unruhig und ungläubig. Ein Schreier meint: ›Vielleicht san de hinten bei dem Haus wieda außegangan und mir woatn umasunst.« Bei einer anderen Absperrung bei der Mölkerbastei schwang ein weißhaariger Mann große Reden: »Geht's loßts mi durch, damit endlich a Ruah is. I wor bei de Husarn. I weiß, wie mas mocht.«

### »DAS SPIEL DER MÄCHTIGEN«

Um 16.27 Uhr fanden sich im Bundeskanzleramt die Mitglieder der Bundesregierung zu einem »Sonderministerrat« ein. Kreisky befand sich zu diesem Zeitpunkt noch auf der Rückreise aus seinem Winterurlaub, den er eben erst angetreten hatte: Am Morgen des 21. Dezember 1975 war er mit dem Schlafwagen aus Wien in Lech am Arlberg eingetroffen. Kaum hatte er sich dort zum Frühstück gesetzt, kam ein Anruf. Es war Pressesprecher Johannes Kunz, der über die Ereignisse informierte. »Da hab ich mir halt gleich einen Hubschrauber bestellt und bin nach Salzburg geflogen. Die Dinger sind ja saukalt, und laut war's auch und windig. Dös is nix für mich mit so nem Radl in der Luft. Von da bin ich mit einer richtigen Maschine nach Wien geflogen. Der Urlaub jedenfalls war hin«, erzählte Kreisky später einem Reporter des »Stern«.

Gleich zu Beginn wurde der »Sonderministerrat« informiert, dass anders als ursprünglich entschieden, die Vorstellung »Das Spiel der Mächtigen« wie geplant stattfinden könne – weil das Burgtheater weit genug vom Tatort entfernt sei. Dringender stand eine andere Frage im Raum: Sollte das Kommuniké der Geiselnnehmer wie gefordert über den ORF veröffentlicht werden? Kreisky wurde nicht vor 18.00 Uhr zurückerwartet und man wollte seine Ankunft eigentlich abwarten. Die Forderung der Terroristen lautete aber, ihre Botschaft müsse um 17.30 Uhr gesendet werden – ansonsten würden weitere Menschen sterben. Herta Firnberg war schließlich die erste, die offen ihre Meinung sagte: »Ich bin dafür, dass die Proklamation im ORF verlesen wird.« Und so geschah es auch – mit etwas Verzögerung ging Kreiskys Kabinettschef Friedrich Gehart um 18.22 Uhr auf den Radioprogrammen Ö1 und Ö3 auf Sendung und verlas den in Französisch abgefassten Text, was fast zwanzig Minuten dauerte. Ansonsten verlangten die Terroristen, dass am Folgetag um 07.00 Uhr eine

DC-9 bereitstehen solle. Ein Bus mit geschlossenen Vorhängen müsse sie und die Geiseln zum Flughafen bringen.

In der Zwischenzeit war Kreisky eingetroffen und wurde im Bundeskanzleramt von einem Knäuel von Journalisten empfangen. »Wie sehen Sie die Lage?«, wurde der Bundeskanzler gefragt. Dutzende Mikrophone waren auf ihn gerichtet, während Staatspolizisten mühsam einen Weg bahnten. »Ich muss erst prüfen«, hieß es von Kreisky kurz, dann verschwand er im Sitzungssaal. Dort gab er die Linie vor: »Ich möchte [...] jetzt schon sagen, dass es für mich klar ist, dass morgen früh alle ausgeflogen werden. Eine andere Lösung hat überhaupt keinen Sinn. Wie sollte die denn ausschauen? Was will man noch riskieren?« Als Zieldestination für die Terroristen kam bereits Algerien in Betracht: Außenminister Abd al-Aziz Bouteflika hatte sich »zu einem frühen Zeitpunkt« aus Paris gemeldet und Landegenehmigung erteilt. Auf Basis der Gegebenheiten umriss Kreisky die weitere strategische Vorgangsweise: »Erstens müssen die Geiseln ihrer Teilnahme an dieser Expedition zustimmen. Zweitens steht als Ort der Destination Algerien fest und drittens werden die österreichischen Staatsbürger freigelassen.« Die Tatsache, dass das OPEC-Generalsekretariat exterritoriales Gelände war, ermöglichte es Kreisky die Krise zu »internationalisieren«. Durch Einbeziehung der diplomatischen Vertreter der OPEC-Mitgliedstaaten wurde die Verantwortung für das Leben der Geiseln möglichst breit gestreut und so Druck von Österreich weggenommen.

Die praktischen Details der Abwicklung der Geiselkrise hielt die Runde bis spätnachts in Atem. Hinsichtlich des Transports zum Flughafen Schwechat war es nicht so leicht, den Bus mit Vorhängen zu beschaffen. Der Generaldirektor der Post, Alfred Schlegel, erklärte Verkehrsminister Erwin Lanc, keinen solchen Bus zu haben: »Meine Antwort darauf: dann lassen sie halt welche montieren – und wenn sie es selber machen müssen. Und so geschah es.« Außerdem musste das Schicksal des im Wiener AKH schwer verletzt liegenden Terroristen Klein in die Überlegungen miteinbezogen werden. Carlos hatte ultimativ seine Mit-Ausreise am nächsten Tag gefordert, obwohl dies nach Auskünften der Ärzte für den jungen Mann den Tod bedeutete. Kleins Zustand stabilisierte sich schließlich und der kurdische Arzt Wiriya Rawenduzy erklärte sich bereit, den Verletzten während des Flugs nach Algier zu betreuen. Die Sauerstoff-Flaschen, die man für das Beatmungsgerät mit an Bord nehmen musste, waren alles andere als ungefährlich: Im Grunde war damit eine »Sechshunderter-Sauerstoffbombe« an Bord, wie die AUA warnte.



## »MEHR ERREICHT, ALS ANGENOMMEN«

Nach Mitternacht stellte Kreisky fest, dass alle notwendigen Vorkehrungen getroffen waren. Auch die Botschafter der OPEC-Staaten hatten noch einmal, jeder auf seine Art, eine Erklärung abgegeben, »in der sie sich ihrerseits nicht nur bereit erklären, unseren Vorschlägen zuzustimmen, sondern deren Realisierung wünschen.« Die Sitzung wurde vom Bundeskanzler schließlich um 01.07 Uhr geschlossen. Pünktlich um 01.10 Uhr kam Kreisky zum letzten Mal in den kleinen Ministerratssaal, wo die Journalisten versammelt waren. Mit vor Müdigkeit roten Augen verkündete er: »Wir haben eine einvernehmliche Lösung gefunden, die die Zustimmung der Bundesregierung sowie die Zustimmung aller OPEC-Führer hat.« Zufrieden meinte Kreisky in Hinblick auf die freizulassenden OPEC-Angestellten: »Da haben wir doch mehr erreicht, als wir angenommen haben.«

Am nächsten Morgen, dem 22. Dezember 1975, war in Schwechat eine DC-9 mit der Flugnummer OS 5950 bereitgestellt. Es handelte sich um das dienstälteste Flugzeug der AUA-Flotte, um den Schaden bei etwaigem Verlust so gering als möglich zu halten. Um 08.45 Uhr traf der Bus ein – die in Österreich ansässigen Angestellten waren zuvor, wie gefordert, freigegeben. Aber Carlos und sein Kommando hatten immer noch 35 Personen – 11 Minister sowie 19 Delegierte und Mitarbeiter – in seiner Gewalt. Das Einsteigen in die DC-9 zog sich bis um 09.06 Uhr hin. Quasi zum Abschluss ging Carlos noch einmal die Gangway herunter und streckte dem anwesenden Innenminister Rösch die Hand hin; »Es tut mir leid, dass ich Österreich als Schauplatz wählen musste. Lassen Sie Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky schön grüßen...« Rösch ergriff die ausgestreckte Hand, und der Skandal war perfekt.

Damit war die weitere Lösung des Geiseldramas zumindest kein österreichisches Problem mehr. In Algier angekommen, gab Carlos die Direktive aus, weiter nach Tripolis zu fliegen. Doch offenbar galt die Abmachung mit Gaddafi nicht mehr – die Terroristen wurden nicht willkommen geheißen und mussten schließlich am 23. Dezember 1975 nach Algier zurückfliegen. Der Mord an dem libyschen Delegierten soll Gaddafi verärgert haben. Der algerische Außenminister Bouteflika wiederum machte klar, dass die Maschine gestürmt werden würde, wenn die Terroristen jetzt nicht aufgäben. Gegen Zahlung eines Lösegelds – die Schätzungen reichen bis 50 Millionen Dollar – war Carlos letztlich bereit, die verbliebenen 12 Geiseln freizulassen.

## UNGENÜGENDE AUFARBEITUNG

Eine effektive Strafverfolgung der Terroristen wurde vernachlässigt. Nach einem Auslieferungsbegehren an Algerien, erhielt Österreich am 9. Jänner 1976 die Antwort, das Terrorkommando habe das Staatsgebiet bereits verlassen. Kreisky gab sich damit zufrieden: Die algerische Seite habe selbst Bedingungen akzeptieren müssen und verlangt, »dass man das in Österreich verstehe«. Und das tat man – denn die Regierung war zu sehr besorgt, das Land könnte als Standort für internationale Organisationen Schaden erleiden. War doch der Spatenstich zum Bau der UNO-City erst 1973 erfolgt. Von daher wollte man die guten Beziehungen zu arabischen Staaten nicht aufs Spiel setzen – etwa in der Auslieferungsfrage oder durch zu eifrige Nachforschungen.

1989 kam es zum ersten Verfahren mit Bezug auf die Geiselnahme: In Köln wurde Kröcher-Tiedemann der Prozess gemacht – dieser endete mit einem blamablen Freispruch, unter anderem deswegen weil die Tatortaufnahme in Wien hastig verlaufen war. Grund für die Eile war damals Druck seitens der OPEC gewesen: Das Kartell war an Ermittlungen gegen einige seiner wichtigsten Mitgliedstaaten nicht wirklich interessiert. Denn bis heute halten sich Gerüchte, wonach Libyen auch vom Irak und Algerien indirekt unterstützt wurde. 2000 folgte ein weiteres Verfahren gegen Klein in Deutschland – zu neun Jahren Haft verurteilt, konnte dieser bereits 2003 wieder das Gefängnis verlassen.

Österreich dagegen hatte es stets vermieden, ein OPEC-Verfahren an sich zu ziehen. Als Carlos 1994 im Sudan verhaftet und an Frankreich ausgeliefert wurde, flog lediglich ein Untersuchungsrichter zu einer Vernehmung nach Paris. Diese musste aber gleich nach Beginn wegen der unkooperativen Haltung von Carlos abgebrochen werden. Als dieser dem österreichischen Richter zum Abschied die Hand hinstreckte, weigerte sich dieser zuzugreifen. Er wolle sich nicht derselben Kritik aussetzen, wie Innenminister Rösch fast 20 Jahre zuvor. Jedenfalls wurde Carlos wegen terroristischer Vergehen in Frankreich zweimal zu lebenslanger Haft verurteilt – die OPEC-Geiselnahme spielte dabei keine Rolle. Stellvertreter Naccache saß in den 1980er Jahren ebenfalls in französischer Haft, ehe ihm ein Deal mit dem Iran die Freiheit brachte. Er lebt heute als Geschäftsmann in Beirut. Von den übrigen zwei palästinensischen Kommandomitgliedern hatte man nicht einmal die wirklichen Namen ermitteln können.

## KONSEQUENZEN

Als Antwort auf die zunehmende terroristische Bedrohung reagierte Österreich mit einem Bündel an Maßnahmen, die polizeilicher, aber vor allem außenpolitischer Natur waren. Letztere zielten darauf ab, den Nahostkonflikt präventiv zu entschärfen. Denn aufgrund seiner Rolle als Schleuse bei der jüdischen Emigration von Osteuropa nach Israel war Österreich zwangsläufig involviert. Im Nachhinein bestand für Kreisky der Beweis für die Richtigkeit seiner Politik darin, dass 15 Jahre hindurch 300.000 russische Juden über Österreich nach Israel ausgewandert seien – »ohne, dass jeden Monat in Schwechat eine Bombe explodiert ist«. Auch das Manko im Sicherheitsapparat konnte Ende der 1970er Jahre mit der Aufstellung des Gendarmerieeinsatzkommandos (heute EKO Cobra) behoben werden.

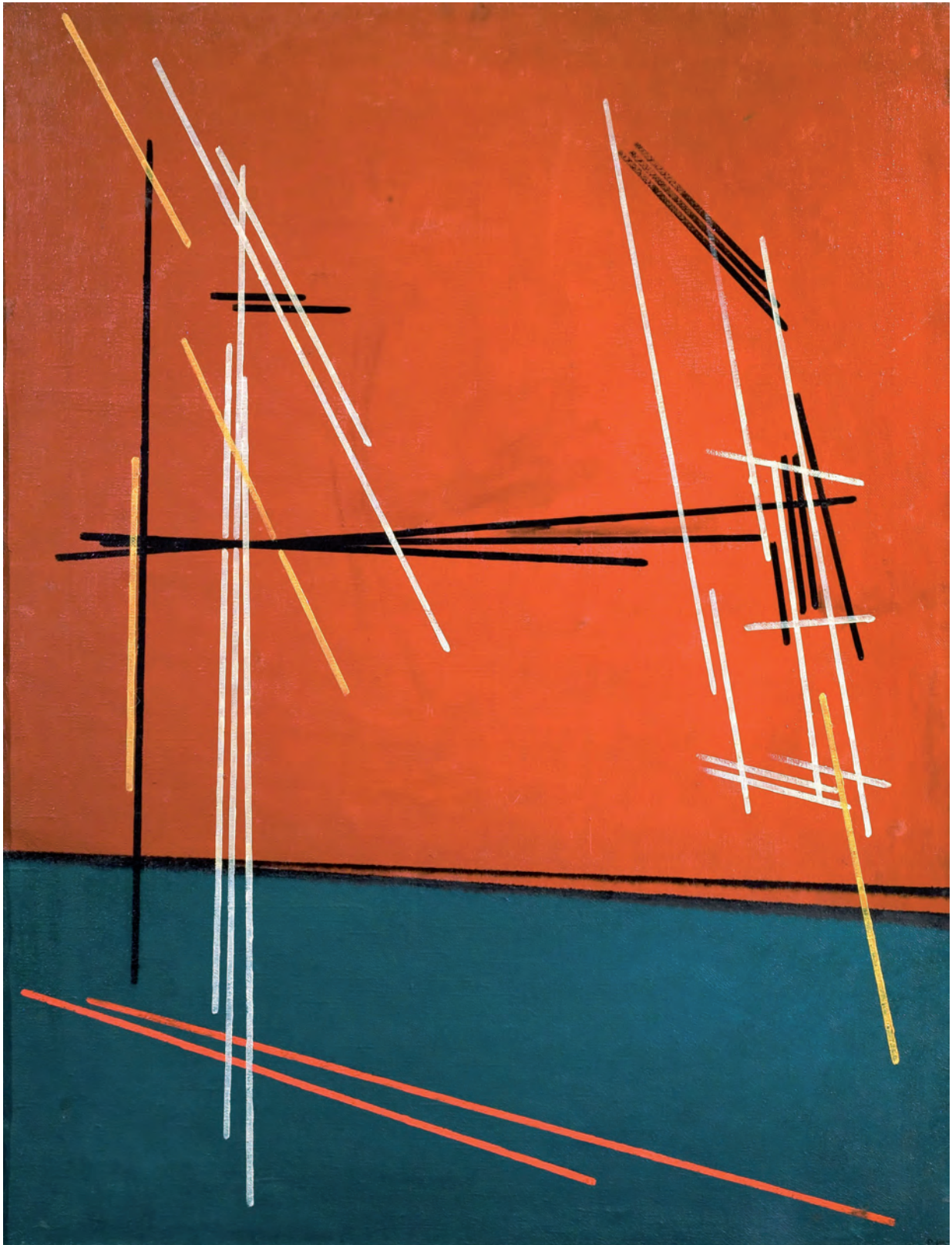
Freilich gelang es nicht, den nahöstlichen Terror von Österreich fernzuhalten. Entscheidend dafür war, dass die guten Kontakte zur Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) radikale Kräfte wie die Abu-Nidal-Gruppe auf den Plan riefen. Diese wollte moderierende Einflüsse von außen mit Terror abschrecken. 1981 und 1985 kam es insgesamt zu drei blutigen Attentaten in Wien. Es spricht für Kreiskys Standfestigkeit, dass er seine Linie auch gegen diesen Druck beibehielt. Spätestens Ende der 1980er Jahre erfolgte mit dem Wechsel des Außenamts zur ÖVP eine grundsätzliche Neuorientierung hin zu europäischen Belangen. Und mit dem Ende des Kalten Krieges endete auch die Welle jenes Terrors, in die die OPEC-Geiselnahme einzuordnen ist. Heute sieht sich Österreich, so wie andere westliche Staaten auch, mit der Herausforderung durch den radikal-islamistische Terrorismus konfrontiert. Aber wie das historische Beispiel zeigt, war schon vieles damals angelegt: die Medienfixierung des Terrorismus und seine zunehmende Internationalisierung. Im Unterschied zu 1975 braucht es heute keine Organisationen oder Sponsoren mehr. Es genügt bereits ein »lone wolf«, und die Möglichkeiten der Massenkommunikation haben sich exorbitant gesteigert. 🍷

### THOMAS RIEGLER

ist Historiker und Spezialist für Fragen der Geschichte  
des Terrorismus und der Geheimdienste.

# LIEBE IN ZEITEN DER REVOLUTION

BANK AUSTRIA KUNSTFORUM WIEN



**Alexander Rodtschenko**

Konstruktion auf Grün und Braun Nr. 94, 1919, Öl auf Leinwand, 84,5 x 65 cm, Privatbesitz

Foto: © A. Rodtschenko & W. Stepanowa Archiv, Kunstwerk: © Bildrecht, Wien, 2015



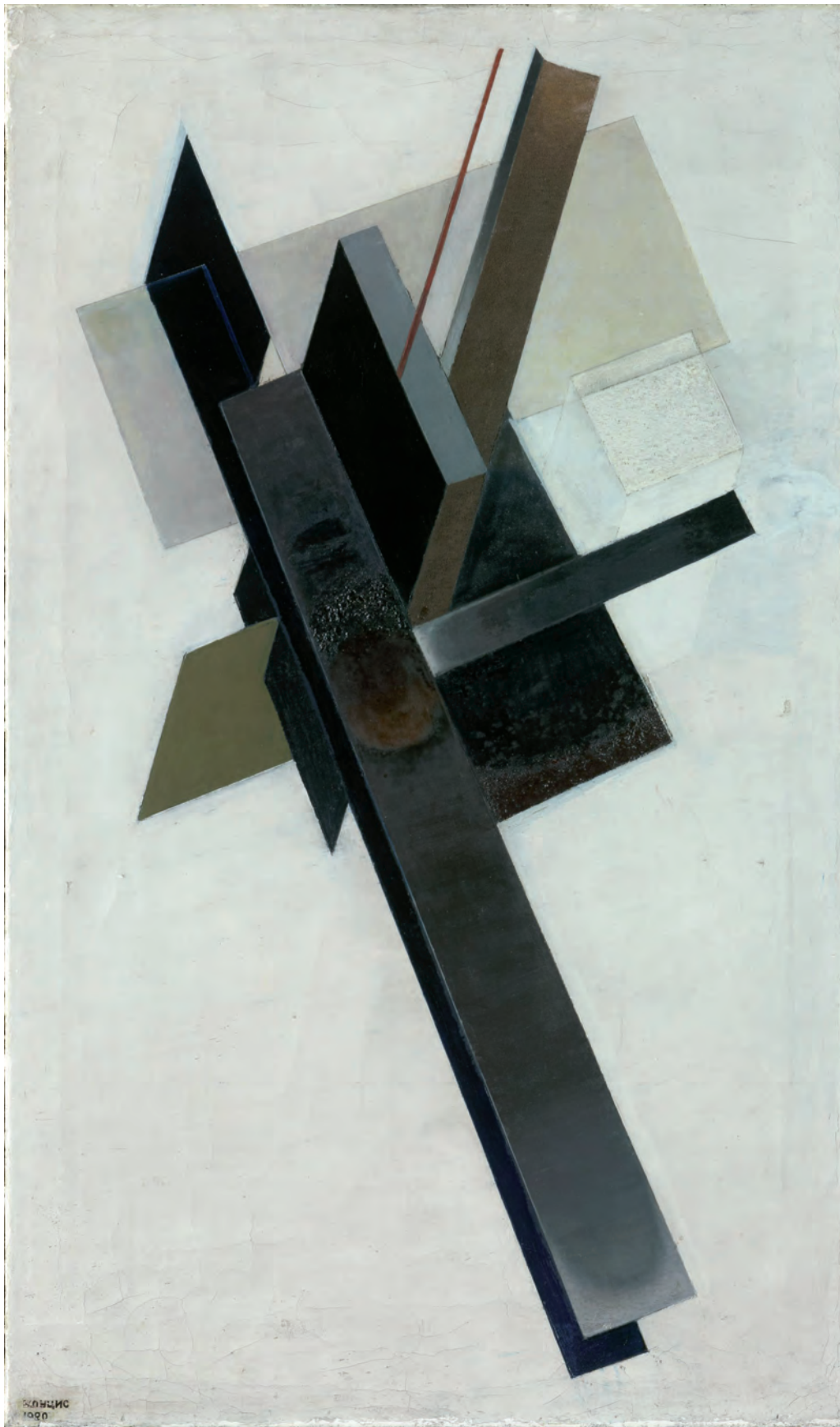
# LIEBE IN ZEITEN DER REVOLUTION

BANK AUSTRIA KUNSTFORUM WIEN



**Gustav Klutsis**

Radio-Sprecher Nr. 4, Lenins Ansprache, 1922, Tusche und Bleistift auf Papier 26,4 x 17,1 cm, Staatliche Tretjakow-Galerie, Moskau, Foto: © Staatliche Tretjakow-Galerie, Kunstwerk: © Bildrecht, Wien, 2015



**Gustav Klutsis**

Suprematism, 1920, Öl auf Leinwand, 96 x 57 cm, Staatliche Tretjakow-Galerie, Moskau

Foto: © Staatliche Tretjakow-Galerie, Moskau, Kunstwerk: © Bildrecht, Wien, 2015

# Argentinische Vergangenheitspolitik am Scheideweg

**Die Regierungen Kirchner** gelten in Argentinien und darüber hinaus als Verfechter der Menschenrechte. Doch die politische Vereinnahmung und Trivialisierung der Vergangenheitspolitik und der Klientelismus der Regierung rüttelt nach Meinung von KritikerInnen an diesem Positivimage. Georg Krizmanics hat im Vorfeld der argentinischen Präsidentschaftswahlen ein Gespräch mit der Historikerin Marisa González de Oleaga geführt. Das gute Abschneiden des konservativen Präsidentschaftskandidaten zeige, dass der Weg in eine falsche Richtung führe: »Nächster Halt Wiederversöhnung« droht als Motto das Anliegen von Gerechtigkeit für die Opfer abzulösen.

**D**ort, wo einst der Tod herrschte, sprießt heute Leben« ist ein Satz, von dem mehrere argentinische Menschenrechtsorganisationen, wie zum Beispiel die Madres de Plaza de Mayo, Gebrauch machen. In Buenos Aires initiierten unter diesem Motto einige dieser Vereinigungen, mit Unterstützung der ersten Regierung Néstor Kirchners, das Projekt zur Einrichtung einer Gedenkstätte in der Marineschule ESMA. Auf dem Gelände der ESMA hatte während der letzten Militärdiktatur (1976–1983) das größte geheime Anhalte-, Folter- und Tötungslager bestanden. Es war eine spezielle Konstellation aus Menschenrechtsbewegungen, Medien, Anwälten, Richtern und Beamten, die die Umsetzung der (staatlichen) Vergangenheitspolitik während des letzten Jahrzehntes ermöglichte und vielen der involvierten Akteure Vorteile verschaffte.

Laut Marisa González de Oleaga, die Professorin an der Nationalen Universität für Fernstudien in Madrid ist und seit Jahren zu Überlieferung traumatischer Erinnerungen in Argentinien forscht, lassen sich die argentinischen Menschenrechtsbewegungen in zwei Gruppen teilen: Auf der einen Seite jene, die nicht mit der Vergangenheitspolitik der Regierung einverstanden sind und auf der anderen Seite die, die in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Regierung stehen und das Vorgehen dieser gutheißen. Als Beispiel für letztere nennt sie die ESMA, wo mit der Einrichtung der Gedenkstätte ein buntes, dicht gedrängtes kulturelles Veranstaltungsprogramm eingesetzt hat, zu dem Theater-, Tanz- und Musikveranstaltungen genauso zählen wie Kinovorstellungen, Ausstellungen und Tagungen. Platz ist außerdem für einen Fernsehsender.

Was macht eine solche Vielfalt von Veranstaltungen mit einem so wichtigen Erinnerungsort wie der ESMA? »Sie entwerten ihn«, meint González. »Orte wie diese müssten mit einer gewissen zivilen Heiligkeit behaftet sein, denn sonst könnte in ein paar Jahrzehnten, wenn die Zeitzeugen nicht mehr leben, die Nutzung dieses Ortes als Gedenkstätte infrage gestellt werden. So wäre es durchaus möglich, das Objekt der Immobilienspekulation Preis zu geben mit dem Argument, Aktivitäten wie Musikerproben oder die Ausstrahlung eines Kinderprogrammes wären auch in weniger zentrumsnahen Räumlichkeiten möglich. Das, was aus der ESMA einen Erinnerungsort macht, sind die dort verbrochenen Gräueltaten, die Spuren, die Folter und Ermordung hinterlassen haben. Diese sollten unter allen Umständen erhalten bleiben.«

González sieht in der großenwahnsinnigen Neigung, die ESMA mit allen möglichen Aktivitäten vollzustopfen, den Versuch zwei Geisteshaltungen zu verschleiern: »Zum einen die der Verneinung. Denn zu sagen, dort, wo der Tod herrschte, lassen wir Leben sprießen, ist eine Verneinung des Todes. Zum anderen, und es ist schmerzhaft das zu sagen – auch wenn es sich um etwas zutiefst Menschliches handelt – die der Identifizierung mit den Tätern. Denn nichts anderes bedeutet die Aneignung der ESMA durch Menschenrechtsorganisationen im Glauben dieses Objekt, das den Tätern gehörte, nach Gutdünken transformieren und adaptieren zu können; zum Beispiel als Ort für Grillfeste und Ferienlager.«

Auch wenn González nicht davon überzeugt ist, »dass es einen archetypischen Erinnerungsort gibt, so sollte es sich



doch um einen Bereich handeln, der zum Nachdenken, zur Reflexion, zum Erzählen und Verarbeiten anregt, um die Überlieferung traumatischer Erinnerung an die nächsten Generationen zu begünstigen. Das verlangt jedoch nach einer gewissen Großzügigkeit mit den Erben dieser Erinnerungen. Denn eine Sache ist die Überlieferung von Erinnerung oder von Erinnerungen bestimmter traumatischer Erlebnisse und eine andere die Nachfolgenerationen mit der Überlieferung von Erinnerung zu indoktrinieren.«

Vergangenes Jahr erhielt Marisa González und eine Reihe anderer Personen eine Einladung des argentinischen Philosophen Claudio Martinyuk, der Professor an der Universität von Buenos Aires ist, um an der Präsentation seines Buches »Ästhetik des Nihilismus. Philosophie und Verschwindenlassen von Menschen« (Estética del Nihilismo. Filosofía y desaparición, Buenos Aires: La Cebra, 2014) mitzuwirken. »Claudio wurde vorgeschlagen, sein Buch in der ESMA zu präsentieren, aber ernste Zweifel daran bewegten ihn dazu stattdessen eine Nichtpräsentation unter dem Motto ›Ist die ESMA ein geeigneter Ort für eine Buchpräsentation?, durchzuführen. Wie Claudio hatte auch ich eine kritische Haltung, denn meine Antwort auf die Frage war ›Nein, es ist nicht der richtige Ort.‹ Dann aber trotzdem hinzugehen und bestätigen, was ich vorher verneint hatte? Obwohl ich mich schlussendlich doch dazu durchgerungen hatte teilzunehmen, verhinderte die Terminverlegung der Präsentation seitens der Veranstalter in letzter Konsequenz eine Teilnahme. Und so bat mich Claudio etwas zu schreiben, um es in meinem Namen während der Präsentation vorzulesen.

In ›Die Frau, die niemals dort war‹, fasste ich alle Beweggründe zusammen, die erklären, warum sich die ESMA nicht für eine Buchpräsentation und auch nicht für eine Reihe anderer kultureller und Freizeitveranstaltungen eignet. Claudio berichtete mir später, dass ein Teil des Textes vorgelesen worden wäre und auf wenig Gegenliebe gestoßen sei. Insbesondere Leute, die in der Gedenkstätte arbeiteten, hätten kritisiert, wie wir dazu kämen zu sagen, es sei nicht der geeignete Ort, da es eben solche Veranstaltungen wären, die ihre Anstellung rechtfertigen würden, von der sie leben. Dieses Argument ist Teil jener Polemik und Frontstellung zwischen den Gruppierungen, die nicht mit der (staatlichen) Vergangenheitspolitik einverstanden sind und jenen, die diese Politik unterstützen. Letztere machen das sicher aus Überzeugung, womit ich meine, dass es sich nicht nur um egoistische Motive handelt, aber es ist nicht das Gleiche, ohne Gelder operieren zu müssen,

oder über Räumlichkeiten und finanzielle Unterstützung von Regierungsstellen zu verfügen. Ich nehme an, alleine die Tatsache über Möglichkeiten zu verfügen, Projekte umzusetzen, macht Leute schwach beziehungsweise glauben, sich auf dem richtigen Weg zu befinden.«

Auch wenn der Text den anwesenden Vertretern der Gedenkstätte nicht zusagte, so fand er doch eine erfolgreiche Verbreitung in den sozialen Netzwerken, wo er von der Vereinigung der Ex-Häftlinge und Verschwundenen (Asociación de Ex-Detenidos Desaparecidos) in Umlauf gebracht wurde, mit der Marisa González zusammenarbeitet. »Alles begann damit, dass Claudio nach der Nichtpräsentation meinte, der Text sei von Interesse und müsse veröffentlicht werden. Ehrlich gesagt nahm ich ihn nicht wirklich ernst, aber ich schickte den Text dem ›Schweden‹ [Carlos Lordkipanidse], weil ich so mit allem verfare, was ich über diese Thematik schreibe. Sie sind es, die das Dokument zuerst auf ihre Facebook-Seite stellen und dann in ihrem Nachrichtenblatt abdrucken. Vor allem zirkulierte es in Kreisen, die sich mit Völkermord und Menschenrechten befassen, jedoch konnte ich im Dunstkreis der ESMA keine Verbreitung feststellen.«

## ERINNERUNGSORTE

Nicht nur in Argentinien fällt es schwer, die »zivile Heiligkeit« eines Erinnerungsortes zu wahren. Im Juni 2014 wurde in der Zeitschrift *The New Yorker* eine Reportage von Ruth Margalit abgedruckt, in der ein neues Phänomen unter israelischen Jugendlichen beschrieben wird: Selfies an Stätten zu schießen, wo der Holocaust stattfand, um diese dann in sozialen Netzwerken zu teilen. Margalit lässt unter anderem eine Jugendliche zu Wort kommen, die auf diese Praxis und deren moralische Fragwürdigkeit, mit einer eigenen Facebook-Seite hinweisen wollte und so eine Sammlung dieser Fotos zugänglich machte. Dabei macht sie israelische Politiker/innen für dieses Phänomen mitverantwortlich und führt als Argument deren zynischen Zueigenmachung des Holocausts für eigene politische Zwecke an.

In Argentinien haben die Regierungen Néstor Kirchner sowie seiner Frau und Nachfolgerin Cristina Fernández – die seit 2003 ununterbrochen an der Macht sind – die Menschenrechte zum politischen Slogan schlechthin gemacht. Der Schlüssel für die Analyse der damit im Zusammenhang stehenden Vergangenheitspolitik, insbesondere im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen vom 25. Oktober, ist laut Marisa González »die Instrumentalisierung der Menschenrechte,

um daraus politisches Kapital zu schlagen. Die Regierungen Kirchner haben sich das Erbe der Generation der 70er-Jahre angeeignet und es mit klar parteipolitischen Absichten banalisiert. Damit meine ich die Reduktion der politischen Arena auf ein Freund-Feind-Schema, das wiederum fest in der politischen Kultur Argentiniens verhaftet ist.«

### TRIVIALISIERENDE TENDENZ

Als Néstor Kirchner in seinen frühen Jahren den Sprung von einem bedeutenden Regionalpolitiker zu einem führenden Politiker auf nationaler Ebene vorbereitet, stellt sich für ihn auch die Frage nach einem Alleinstellungsmerkmal innerhalb der restlichen politischen Familien des Peronismus. Und er findet es in den Menschenrechten. »Sich die Menschenrechte an die Fahne zu heften ist nach außen hin sympathisch, aber genauer betrachtet zeichnet sich auch hier eine trivialisierende Tendenz ab, die selbst vor dem schmerzhaftesten geschichtlichen Erbe nicht haltmacht. Denn wer wird nicht Partei für die Opfer ergreifen und gegen die Täter sein?«

Im Zuge der Aktualisierung und Vereinnahmung des Erbes der Generation der 70er-Jahre durch die Regierung haben einige Menschenrechtsorganisationen Anerkennung und finanzielle Unterstützung für ihre Aktivitäten erfahren, wie es bereits am Beispiel ESMA deutlich wurde. Aber Episoden wie der Fall Schoklender, bei dem die Veruntreuung öffentlicher Gelder durch die Stiftung Madres de Plaza de Mayo – geleitet von Hebe de Bonafini – untersucht wird, zeigen, »dass die Fahne mit der Aufschrift Menschenrechte zu einer schweren Last geworden ist. Politisch gesehen haben die Menschenrechte ihren Dienst getan, denn national und international werden die Regierungen Kirchner mit einer konsequenten Menschenrechtspolitik in Verbindung gebracht. Jedoch bedroht der Klientelismus, der im Zuge ihrer Umsetzung entstanden ist, das geschaffene Image.«

Das lässt sich auch im aktuellen Wahlkampf feststellen, wenn der Vorsitzende der konservativen Partei Propuesta Republicana und einer der Präsidentschaftskandidaten, Mauricio Macri, die Veruntreuung öffentlicher Gelder durch Menschenrechtsorganisationen, kritisiert. In einer Stellungnahme stellte er klar mit diesen Machenschaften Schluss zu machen, sollten die Wahlen gewonnen werden. Entgegen aller Wahlprognosen, die dem Kandidaten des Kirchnerismus Daniel Scioli einen Wahlsieg im ersten Wahlgang vorhersagten, schaffte es Macri in die Stichwahl am 22. November. Der Erfolg Macris lässt sich unter anderem darauf zurückführen, dass

er durch seine Aussagen im Wahlkampf »die Unzufriedenheit eines Teils der Bevölkerung mit der staatlichen Menschenrechtspolitik« zum Ausdruck brachte. González zufolge ließen seine Worte außerdem den Schluß zu, »dass diese Politik zu einer Last für die Regierenden wurde.«

Die Äußerungen Macris sind ein Hinweis auf die potenziellen neuen Wege, die in der (staatlichen) Vergangenheitspolitik nach den Wahlen gegangen werden könnten. »Genau genommen lässt sich bereits ein Wandel feststellen. Es ist weniger entscheidend, wer die Wahlen gewinnen wird, ob der Peronismus oder eine andere politische Kraft, sondern eher die Tatsache, dass der Nachfolger im Präsidentenamt das Thema Vergangenheitspolitik nicht umgehen wird können. Denn diese und die damit in Zusammenhang stehenden von den Opfern angestregten Justizverfahren sind Teil des argentinischen Prestiges in der Welt.« Es darf nicht vergessen werden, dass Argentinien das einzige Land Lateinamerikas ist, wo nicht nur der militärischen Führung der Prozess gemacht wurde, sondern auch den an der Diktatur beteiligten unteren Führungsebenen und Zivilisten.

### ÖFFENTLICHE MEINUNG

Für Marisa González erklärt vor allem eines den Zuspruch, den Macri erfährt und ihn zu einem aussichtsreichen Herausforderer Sciolis machte: »Er bringt ein in der öffentlichen Meinung vorhandenes Gefühl auf den Punkt, nämlich dass es bitte schön genug sei, den Opfern bereits Gerechtigkeit widerfahren und lediglich die Wiederversöhnung ausstehe.« Das Thema Gerechtigkeit für die Opfer der Diktatur scheint also weder von der einen noch von der anderen Seite mehr als politisch nutzbringend eingeschätzt zu werden. Daran lasse sich erkennen, »dass es für den gesellschaftlichen Neuanfang nach einer traumatischen Erfahrung wie einer Diktatur zwar unumgänglich ist, den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, jedoch wird die oportunistische und parteipolitische Instrumentalisierung dieser Gerechtigkeitsbestrebung zum Bumerang für jene, die einen solche Politik betreiben. Nachdem Cristina Fernández von der politischen Bühne verschwinden wird, liegt es an ihrem Nachfolger sich ein anderes Steckenpferd zu suchen, das er mit größter Wahrscheinlichkeit in der Wiederversöhnung finden wird.«

Dass der amtierende Papst Franziskus Argentinier ist, macht es noch wahrscheinlicher aus der Wiederversöhnung ein politisches Projekt werden zu lassen und den juristischen Forderungen der Opfer ein Ende zu setzen. Jedoch lässt sich

Wiederversöhnung anders als Gerechtigkeit gerichtlich nicht durchsetzen, wie González zu bedenken gibt, und warnt davor mit einem solchen Projekt das demokratische Zusammenleben in Argentinien zu gefährden. »Mit der Wiederversöhnung setzt man auf das falsche Pferd, denn ihr zugrunde liegt die Annahme, sie wäre für die Konsolidierung von Post-Konflikt-Gesellschaften unumgänglich.

Unter Konsolidierung wird dabei die Rückkehr zu einer verlorengegangenen Einheit verstanden, im Sinne von einer Gemeinschaft ohne Konflikte und Bruchstellen. Das gleicht jedoch eher einem bestimmten Ideal von Familie oder einer religiösen Gemeinschaft als den heutigen komplexen national-staatlichen Gesellschaften. Es wäre angebracht darüber nachzudenken, ob die wiederkehrenden Gewaltausbrüche in Argentinien des 20. Jahrhunderts nicht im Zusammenhang mit der Unrealisierbarkeit dieses gesellschaftlichen Idealbildes stehen, was dazu geführt hat, dass der Staat mit all der ihm zur Verfügung stehenden Gewalt gegen Gesellschaftsteile vorging, die diesem Idealbild abgeneigt waren oder nicht entsprachen.«



**GEORG KRIZMANICS**

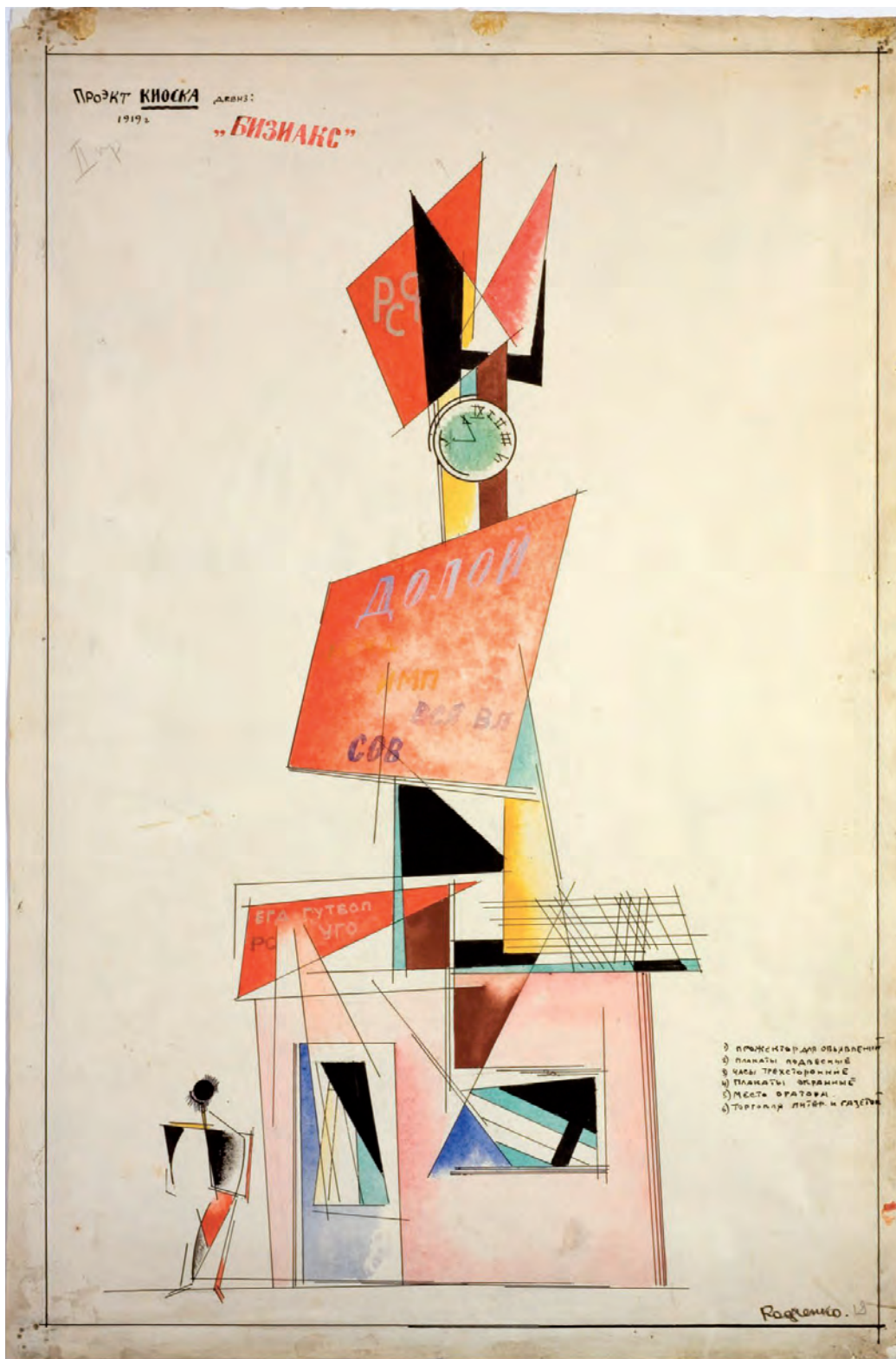
ist Doktorand an der Universität Complutense in Madrid.

**MARISA GONZÁLEZ DE OLEAGA**

ist Professorin der Fakultät für Politikwissenschaften und Soziologie  
an der Universität für Fernstudien in Madrid.

# LIEBE IN ZEITEN DER REVOLUTION

BANK AUSTRIA KUNSTFORUM WIEN



Alexander Rodtschenko

Entwurf für einen Kiosk, Devise »Biziaks«, 1919, Gouache auf Papier, 51,5 x 34,5 cm, Privatbesitz

Foto: © A. Rodtschenko & W. Stepanowa Archiv, Kunstwerk: © Bildrecht, Wien, 2015



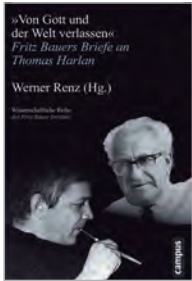


**Gustav Klutsis**

Entwurf für das Plakat Zahlen wir die Kohleschuld an unser Land zurück, 1933, Handkolorierter Silbergelatine-Print, 10 x 7,5 cm, Courtesy Galerie Priska Pasquer, Köln, Foto: © Courtesy Galerie Priska Pasquer, Köln, Kunst: © Bildrecht, Wien, 2015



# Fritz Bauer, die Klarsfelds & Fritz Stern



## Werner Renz (Hg.) »VON GOTT UND DER WELT VERLASSEN«

Fritz Bauer (1903–1968), Jude, Sozialdemokrat, Jurist, von den Nazis 1936 vertrieben, 1949 aus dem Exil zurückgekehrt, setzte seine Hoffnungen auf die junge Generation. In Thomas Harlan (1929–2010), dem rebellischen Sohn des Nazi-Regisseurs Veit, sah Bauer ein Vorbild für die Jugend. Seine Briefe an Thomas Harlan zeigen einen bis heute weit- und unbekannt, privaten Bauer.

**CAMPUS**, 299 Seiten, 29,90 Euro



## Steffen Martus AUFKLÄRUNG

Ein Zeitalter auf der Suche nach einer neuen Ordnung: Steffen Martus zeigt, wie dramatisch die Aufklärung das Deutschland des 18. Jahrhunderts verändert hat. Seine Darstellung reicht von der Neuordnung der politischen Landkarte um 1700 über die Erschütterung Europas durch das Erdbeben von Lissabon bis zum Vorabend der Französischen Revolution.

**ROWOHLT**, 1040 Seiten, 39,95 Euro



## Beate Klarsfeld, Serge Klarsfeld ERINNERUNGEN

»Nazi!« Mit diesem Ruf stürmt Beate Klarsfeld am 7. November 1968 auf dem Bundesparteitag der CDU den Vorstandstisch und ohrfeigt Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger. Die Ohrfeige ist der Startschuss für die Lebensaufgabe von Beate Klarsfeld und ihrem Mann Serge: als passionierte Nazijäger verfolgen die Klarsfelds die Schreibtischtäter und die Schlächter des Holocaust.

**PIPER**, 624 Seiten, 28,00 Euro



## Katja Gloger PUTINS WELT

Katja Gloger hat den Aufstieg Wladimir Putins erlebt, als erste Journalistin aus dem Westen konnte sie ihn über Monate begleiten. Sie erklärt das System Putin, das komplizierte Machtgeflecht im Kreml, die Interessen der Oligarchen. Sie beschreibt die verführerische Macht der Propaganda, das gefährliche Leben der Kreml-Kritiker und den mühsamen Alltag der Menschen, ihre Sicht auf Europa und den Westen.

**BERLIN VERLAG**, 352 Seiten, 18,00 Euro



## Fritz Stern ZU HAUSE IN DER FERNE

Fritz Stern ist nicht nur ein großer Historiker, er ist auch eine moralische und politische Instanz. Vor allem in Deutschland ist sein Urteil gefragt, wenn es um die jüngere Geschichte, das deutsch-amerikanische Verhältnis oder die Deutung des weltpolitischen Geschehens geht. Zu den Themen Fritz Sterns gehören der Widerstand gegen Hitler, Deutschland im 20. Jahrhundert und das entzauberte Amerika.

**C. H. BECK**, 222 Seiten, 19,95 Euro



## Oleg Chlewnjuk STALIN

Oleg Chlewnjuk, einer der führenden Stalinismus-Experten, nimmt diese letzten Lebenstage zum Ausgangspunkt einer Biografie – auf Grundlage bisher unbekannter Quellen aus sowjetischen Archiven eröffnet sie einen neuen Blick auf den Diktator und seine Herrschaft. Chlewnjuk zeigt, wie untrennbar die Person des Diktators mit der Geschichte des sowjetischen Terrors verknüpft ist.

**SIEDLER**, 592 Seiten, 29,99 Euro

# Flucht, Albtraum & Rache



**Antonio Ortuño**  
DIE VERBRANNTEN

Santa Rita ist ein unbedeutendes Kaff im Süden Mexikos. In einer Notunterkunft für zentralamerikanische Flüchtlinge auf dem Weg in die USA wird ein Feuer gelegt, dem zahlreiche Männer, Frauen und Kinder zum Opfer fallen. Irma, genannt La Negra, wird zur Untersuchung des Vorfalls zum lokalen Büro der Nationalkommission für Migration geschickt. Dort sind ihre Nachforschungen wenig willkommen.

ANTJE KUNSTMANN, 256 Seiten, 19,95 Euro



**Henning Ahrens**  
GLANTZ UND GLORIA

Rock Oldekop kehrt nach Glantz im Döner, in seine alte Heimat, zurück, um herauszufinden, was sich wirklich zugetragen hat, damals, in der Nacht, als seine Eltern bei einem Brand umkamen. Tiefer und tiefer gerät er in einen wahnwitzigen rasenden Albtraum. Fürchterlich und barbarisch geht es zu in diesem fiktiven Mittelgebirge. Henning Ahrens erzählt von der Suche nach der Herkunft.

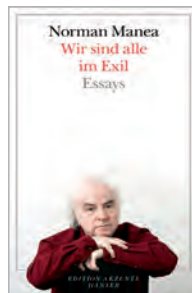
S. FISCHER VERLAG, 176 Seiten, 18,99 Euro



**Sebastian Lörcher**  
A BISSERL WEITER...  
GEHT'S IMMER

Lörcher ist Erzähler und Erlebender seiner Geschichten. Zeichnend reist er durch Tirol, auf eine Alm bei Kitzbühel, durch Wien und Graz. Weiter geht es durch Dörfer in der Steiermark, in die Berge und entlang der steirischen Eisenstraße. Er hört, was man sich am Würstelstand oder in der Seniorensauna erzählt, lauscht traditionellen Liedern in Wirtshäusern und sieht das »harte, aber schöne« Leben auf der Alm.

EDITION BÜCHERGILDE, 144 Seiten, 24,95 Euro



**Norman Manea**  
WIR SIND ALLE IM EXIL

Die Widersprüche eines Lebens zwischen Ost und West und die Frage nach der jüdischen Identität hat Manea nicht nur in seinem literarischen Werk behandelt, er hat sie auch fortlaufend essayistisch kommentiert. Am Beispiel seiner eigenen Erfahrungen und der Auseinandersetzung mit Werken anderer Autoren beschreibt er den Zusammenhang von Exil, Sprache und Schreiben.

CARL HANSER, 224 Seiten, 19,90 Euro



**Andrei Mihailescu**  
GUTER MANN IM MITTELFELD

Bukarest 1980: Der Journalist Stefan Irimescu wird verhaftet, weil er kritische Leserbriefe nicht weiterleitete, um deren Verfasser zu schützen. Er landet im Gefängnis und wird gefoltert und eingeschüchert. Als er freikommt, trifft er Raluca – Ehefrau von Ilie Stancu, einem vielversprechenden Parteisekretär. Stancu lässt sich scheiden und nimmt das Angebot von der Securitate an, sich an Stefan zu rächen.

NAGEL UND KIMCHE, 352 Seiten, 22,90 Euro



**Didier Conrad, Jean-Yves Ferri**  
ASTERIX – DER PAPYRUS  
DES CÄSAR

Die Gallier sind wieder da! Und nicht nur die Gallier, sondern auch der gute alte Julius (Cäsar) – seines Zeichens größter Feldherr aller Zeiten und neuerdings auch Schriftsteller. Ja, der große Feldherr Julius Cäsar hat ein Buch geschrieben. Auf Drängen seines Verlegers und PR-Beraters Syndicus unterschlägt er darin allerdings ein nicht ganz unwesentliches Kapitel der gallischen Geschichte.

EHAPA, 48 Seiten, 12,00 Euro

# Zum Erfolg der Programmländer des Euroraums

**V**ertreterInnen der Troika-Institutionen werden nicht müde zu betonen, dass sie alles richtig gemacht haben. Die vergleichsweise hohen Wachstumsraten der (ehemaligen) Programmländer Spanien, Portugal, Irland und Zypern werden als Beleg dafür herangezogen, dass Austerität und Arbeitsmarktflexibilisierung die richtigen Rezepte für eine nachhaltige Erholung seien. Nur in Griechenland seien die Programme gescheitert, weil die jeweiligen Regierungen die Programmvorgaben nicht umgesetzt hätten. Insbesondere mit Regierungsantritt von Syriza sei eine bereits anziehende Erholung wieder zunichte gemacht worden. Hätte die neue griechische Regierung die Konditionen der Troika von Anfang an akzeptiert und sich nicht dem Willen der Troika und der Eurogruppe widersetzt, wäre der griechischen Bevölkerung schließlich viel Leid (Kapitalflucht, Bankenschließungen, weiterer Einbruch der Wirtschaftsleistung) erspart geblieben.


Tatsächlich wachsen Irland, Spanien und – sehr moderat – Portugal wieder und die Arbeitslosigkeitsquoten sinken etwas. Sie sind aber noch immer extrem hoch. Der Rückgang reflektiert allerdings auch eine dramatische Zunahme der Auswanderung sowie den Anstieg prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Das Produktionsniveau liegt noch immer zum Teil weit unter dem Niveau von 2007. Die Staatsschuldenquoten sind zwischen 2008 und 2014 um bis zu 65 Prozentpunkte nach oben geschneit – unter anderem auch als Folge der Bankenrettungspakete. In Spanien ist beinahe die Hälfte aller Jugendlichen (47%) ohne Arbeit, in Portugal sind es 30%.

Die wirtschaftliche ‚Erholung‘ in Spanien etwa hängt auch damit zusammen, dass die Sparpolitik gelockert wurde. Die damit auftretenden Verfehlungen der Konsolidierungsvorgaben wurden von der Europäischen Kommission wenig kritisiert. So wurde darüber hinweggesehen, dass Spanien anstelle einer Konsolidierung das strukturelle Defizit nun sogar leicht erhöht. Auch andere Länder haben ihren Sparkurs gedrosselt. Das ist der Hauptgrund für die Erholung.

Griechenland ist mit den anderen Programmländern nicht vergleichbar. Es hatte weitaus ungünstigere Ausgangs-

bedingungen: eine hohe private und staatliche Verschuldung bei Krisenausbruch, während in den anderen Ländern – mit Ausnahme Portugals – die Staatsverschuldung überaus niedrig war. Aber auch die Vorgaben der Troika waren viel drastischer. Griechenland hatte zwischen 2010 und 2014 das strukturelle Primärdefizit um 14% des BIP reduzieren müssen, eine in der jüngsten Wirtschaftsgeschichte einmalige Konsolidierungsanstrengung, die – in Kombination mit fehlenden Krediten – die Wirtschaft kollabieren ließ. Den wenigen Arbeitslosen, die Anspruch auf Arbeitslosengelder hatten, wurde das Arbeitslosengeld drastisch gekürzt.

Die Einkommen brachen um 30% ein, die Gesundheitsausgaben wurden um 20% gekürzt. Die Staatsschuldenquoten stiegen dennoch weiter an, was wesentlich auf den Einbruch der Wirtschaftsleistung zurückgeführt werden muss. Während Griechenland unrealistisch hohe Primärüberschüsse von bis zu 4,5% verordnet wurden, die selbst ein solides Land in eine Rezession katapultieren würden, hatten die anderen Länder weitaus weniger strikte, wenngleich extrem schmerzhaft Konsolidierungsanforderungen. Das ‚Rettungspaket‘, das überwiegend an die Gläubiger der griechischen Staatsschuld (deutsche, französische, aber auch griechische Banken) zurückfloss und nur zu einem geringen Teil ins Budget selbst, war mit über 120% des BIP historisch einmalig hoch. Die Last, dies auch bei schrumpfender Wirtschaft zurückzahlen zu müssen, ebenso. Das ‚Rettungspaket‘ hat insbesondere die deutschen und französischen SteuerzahlerInnen vor weiteren Bankenpaketen bewahrt.

Wenngleich im Zuge hartnäckiger Verhandlungen zumindest das Primärüberschussziel gesenkt werden konnte, so setzt sich die Abwärtsspirale in Griechenland fort. Auch in den anderen Programmländern bleibt das Leid und Elend der Menschen hoch. Dass im letzten Jahr die Solidarität mit Griechenland so verhalten blieb, ist ein großes Versäumnis, das noch lange nachwirken und die Integrationsbemühungen Europas nachhaltig schwächen wird. 





U4: Eigeninserat